

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Textzeile oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 179.

Mittwoch, den 3. August 1921.

28. Jahrgang.

Das Programm des Obersten Rates.

Berlin, 2. August.

Mit der Einladung des Obersten Rates ist den Beteiligten der Entente Staaten auch zugleich das Programm der Konferenz übermittelt worden. Dieses Programm steht als ersten Punkt die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien vor, dem sich die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien gemäß der Volksabstimmung anschließt. Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen über das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz, die eine schnelle Erledigung der vorstehenden Punkte ermöglichen soll, ist es aber höchst fraglich, ob eine Grenzfestsetzung auf der Konferenz und eine rasche Tatsache sofort beschlossen werden wird. Der „Matin“ weist bereits jetzt darauf hin, daß das wichtigste Problem — also Oberschlesien — wahrscheinlich nur eine provisorische Lösung durch die Annahme des englisch-italienischen Vorschlages für die vorläufige Teilung und die enge Abgrenzung des besetzten Gebietes erfahren wird. Demgegenüber müssen wir auch heute wieder darauf hinweisen, daß jede provisorische Lösung der Oberschlesienfrage die augenblicklichen Zustände nur kritischer gestalten kann, dagegen nur die schnelle Entscheidung eine gewisse Garantie für die Wiederkehr ruhiger und geordneter Zustände bietet.

Auch die Frage der Sanktionen ist als Beratungsgegenstand auf dem Programm der Konferenz vorgesehen. Wie verlautet, wünscht England die Aufhebung aller wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen, wogegen Frankreich deren Aufrechterhaltung fordert. Es ist höchst fraglich, ob die französische Regierung mit ihrer Ansicht durchdringen wird, zumal auch in der belgischen Regierung — wie uns jetzt in den letzten Tagen mitgeteilt wurde — die Ansicht vorherrschend ist, daß die Sanktionen im Interesse Englands aufgehoben werden müssen. Als vierter Punkt ist die Beratung der Leipziger Prozesse vorgesehen. Anschließend sollen Beratungen stattfinden über die Zustände in Rußland, über die Entwaffnung Deutschlands und die Durchführung der Wirtschaftskontrolle, über die Orientfrage und zuletzt über die albanische Frage.

Die Zusammensetzung dieses Programms spricht dafür, daß auf dem Kompromißwege die Verständigung herbeigeführt werden wird. England wird in einer oder der anderen Frage nachgeben müssen, während die französische Regierung auf der andern Seite gleichfalls Konzessionen machen muß.

Die Teilungspläne.

Keine Einigung unter den Sachverständigen.

Paris, 2. August.

Bertinax macht heute im „Echo de Paris“ einige Mitteilungen über die bisherigen Arbeiten des Sachverständigenausschusses für Oberschlesien. Sein Artikel trägt die Überschrift: „Bis jetzt sind die Bemühungen der Sachverständigen unfruchtbar.“ Das Dossier über die Frage sei bereits außerordentlich angeschwollen.

Da sei zunächst einmal der englisch-italienische Plan vom Monat April, der von General de Marini und Oberst Percival unterzeichnet sei und von dem Prinzip ausgehe, daß das ober-schlesische Industriegebiet nicht geteilt werden könne und daß die Bezirke von Rybnik und Pleß, in der sich eine starke polnische Mehrheit ergeben habe, keinerlei ausgesprochen industriellen Charakter trage. Nach diesem Plane werde Polen nur etwa ein Drittel der sich zu seinen Gunsten ausgesprochenen Stimmen zugeteilt.

Weiter der polnische Plan, nach Korjantyn benannt, und der Plan von General Le Rond. Die wirtschaftliche Anteilbarkeit des Industriegebietes werde hier zugunsten der Polen ausgelegt. Im Plan Korjantyns würden auch strategische Erwägungen in Betracht gezogen. Deutschland würde in diesem Fall zwei Fünftel seiner Stimmen verlieren.

Endlich komme der Plan Sforzas in Frage, der sich bemühe, in engerer Anlehnung an das Ergebnis der Volksabstimmung Polen und Deutschland, so gut es eben gehe, diejenigen Distrikte zuzusprechen, in denen eine Mehrheit für jeden der beiden Staaten vorhanden ist.

Von allen diesen Vorschlägen, die zur Kritik Anlaß geben, führt Bertinax weiter aus, sei der Sforza-Plan diejenige, die wenig befriedigt gewesen. Er sei daher bemüht, etwas Neues zu finden. Bisher ist ihm das nicht gelungen.

In einer Sitzung am Sonnabend hatte der englische Delegierte eine Grenzführung empfohlen, die im Grunde genommen wenig verschieden von dem ursprünglichen englisch-italienischen Vorschlag sei. Dem polnischen Teil werde außer den Bezirken Rybnik und Pleß Teile der Bezirke von Ratibor, Lublinik und Rosenbergh hinzugefügt. Dies käme auf den vom Grafen Sforza gemachten Vorschlag heraus, der Deutschland am günstigsten sei. Gestern hätten nun die französischen Sachverständigen ihre Anregungen vorgebracht. Die von ihnen empfohlene Grenzführung unterscheidet sich von dem den Polen günstigeren Plane des Grafen Sforza nur durch die Zuteilung des Bezirks von Hindenburg an Polen. Die italienischen Sachverständigen seien durch ihren neuen Minister des Aeußeren auch nicht bevollmächtigt worden, die vor zwei Monaten von dem damaligen Minister des Aeußeren vorgeschlagenen Pläne zu unterstützen. Nun bemühten sich die Sachverständigen, eine Teilungslinie nach den gemeindeweise abgegebenen Stimmen zu finden.

Beendigung der Sachverständigen-Konferenz am 7. August.

Paris, 3. August.

Die englischen und italienischen Sachverständigen fahren fort, das Problem der Verteilung Oberschlesiens unter Berücksichtigung der Abstammung vom 20. März, sowie unter Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage der betreffenden Ortschaften zu prüfen. Ihre Arbeiten werden am Sonntag dem 7. August beendet sein.

De Martini gegen eine Teilung Oberschlesiens.

III. Rom, 3. August.

Im auswärtigen Ausschuh in Rom betonte gestern General de Martini, daß die unterirdischen Schächte in Oberschlesien durch das ganze Gebiet laufen und einen technischen Zusammenhang des Industriegebietes herstellten und deshalb eine Teilung unmöglich sei. 90 Prozent aller Bergwerke und Fabriken seien außerdem im Besitz von Deutschen.

Zusammentritt der Finanzkonferenz am 8. August.

II. Paris, 3. August.

Die Finanzkonferenz, die verschiedene Probleme der Reparationen, die Kosten der Besatzungsarmee, Reparationen in Natura usw. besprechen soll, wird bereits am 8. August in Paris zusammentreten. Die Vertreter Frankreichs sind der Finanzminister Doumer und der Minister für die zerkörnten Gebiete Loucheur.

Gegen die Brotverteuerung!

Nach einer Meldung aus Magdeburg wendet sich die Ärztekammer für die Provinz Sachsen gegen die beabsichtigte Brotpreiserhöhung. Die beträchtliche Kreise der Bevölkerung noch mehr der Unterernährung mit allen ihren üblen Folgen preisgegeben würden. Neue folgenschwere Unruhen und Kämpfe seien zu befürchten. Die Ärztekammer hat es daher im Hinblick auf das Allgemeinwohl und die Wiedergenesung des kranken Volkes für geboten, das unbedingt zur Lebenshaltung nötige tägliche Brot in der bisherigen Preishöhe weiter zu verabfolgen. Für das über die jetzige Wochenmenge hinausgehende Brot könne ein entsprechender Mehrbetrag gefordert werden.

Dieser Forderung der sächsischen Ärzte sollten sich alle für das Volkwohl verantwortlichen Kreise, vor allem die sozialdemokratischen Parteiorganisationen, die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften aller Orte mit größtem Nachdruck anschließen. In einer Zeit, wo die Großbauern, die doch in der Hauptsache die Getreidelieferanten des deutschen Volkes sind, im üppigsten Wohlleben schwelgen, mit ihrem Reichtum kaum noch wissen wohin, während sie gleichzeitig den Landarbeitern die Löhne kürzen, soll ihnen von Brotpreiserhöhung gemacht werden auf Kosten der bedürftigen Millionen Menschen, die jetzt schon an Unterernährung leiden. Nichts ist heute notwendiger, als dagegen alle Volksträfte mobil zu machen.

Hohenzollernerhen.

Lübed, 3. August.

Bekanntlich räumte das preussische Allgemeine Landrecht dem Adel ein Sonderrecht ein, das auf ganz speziell adlige Interessen zugeschnitten war.

Der Geist dieses Sonderrechts erreichte seinen Gipfel im Titel I des zweiten Teiles, in den §§ 30—33, nach denen adlige Mannspersonen das Recht hatten, Ehen zur linken Hand zu schließen. In diesem Gesetz hatte die Moral der Adelskaste ihren juristischen Niederschlag gefunden; es war nichts anderes als die gesetzliche Legitimierung der Mätressenwirtschaft hoher und allerhöchster Kreise. Es war gleichzeitig eine moralische Beruhigungspille für das „fittliche“ Bürgertum, das seine Töchter Fürstenthronen als Mätressen zur Verfügung stellte und dafür noch die Stiefel der hohen Herren abledete.

Im „Verlage für Sozialwissenschaft“, Berlin 1921 ist ein Büchlein „Hohenzollern“ erschienen, das neben vielen interessanten Einzelheiten aus dem Hohenzollernhause — der Verfasser (Kurt Heinig) arbeitete an der Liquidation des Kronvermögens usw. — auch auf die hohenzollernschen Ehen zur rechten und zur linken Hand eingeht. Wir geben einige Stellen daraus wieder:

„Die Frage der Ebenbürtigkeit hat bei den Fürsten und den regierenden Familien immer eine große Rolle gespielt. Bis 1920 galt für die preussischen Hohenzollern noch ein eigenes Hausgesetz, das z. B. eine Ehe als ebenbürtig nur anerkannte, wenn sie mit einer Angehörigen regierender Häuser, vormals regierender Häuser oder ehemals reichsständischer Familien geschlossen wurde. Die Ehe mit einer reichsgräflichen Dame war schon unebenbürtig. Nach dem hohenzollernschen Hausgesetz wurde die Ebenbürtigkeit der Ehe dadurch gesichert, daß nur mit Genehmigung des Familienoberhauptes, d. h. des Königs, geheiratet werden konnte. Die Eheschließung erfolgte vor einem vom König dazu bestellten Standesbeamten.“

Der Gedanke der Ebenbürtigkeit hat unter dem letzten regierenden Hohenzoller wenig Schaden gestiftet. Nur in einem Falle mußten die harmlosesten Notbehelfe der adeligen Vorehre ausgenutzt werden. Bekanntlich ist ein Sohn Wilhelms II. „unebenbürtig“ verheiratet. Frühere preussische Könige genossen ihre adeligen Vorechte gerade auf diesem Gebiete wesentlich ungenierter. Schon Friedrich I. legte sich eine offizielle Mätresse zu. Es war die Geliebte seines Günstlings Kolbe. Der König machte sie zur Gräfin von Warthenberg. Am energischsten betrieb aber Friedrich Wilhelm II. die Linksheiraten. Schon als Prinz hatte er sich ein junges Mädchen herangezogen. Mit ihr genoss er alle Freuden des Lebens und kümmerte sich nicht mehr um seine Frau (die erste braunschweigische Gemahlin). Friedrich der Große, der Dheim des Prinzen, ärgerle sich aus verschiedenen Gründen darüber, daß die Braunschweigerin es ablehnte, mit dem anderweitig beschäftigten Prinzen an Preußens Zukunft zu denken. Ein durchaus ernst zu nehmender Mann, Dampmartin, der Hofmeister und Erzieher eines Kindes des Prinzen, berichtet in seinen Memoiren nun folgendes: Friedrich der Große, treu seiner tiefen Menschenverachtung, wollte auf seine Art für die Erhaltung der Hohenzollern sorgen. Ein alter Kammerherr eröffnete der Prinzessin, daß er im Auftrage des Königs sie ersuche, den Leutnant der Leibgarde, Grafen Schmettau, der durch die Schönheit seiner Formen, sein Betragen und durch seinen ausgezeichneten Mut die Aufmerksamkeit Seiner Majestät auf sich gezogen habe, zu vertraulichem Umgange bei sich aufzunehmen. Der Kammerherr wendete seine ganze Beredsamkeit auf, aber weder guter Rat, noch Bitten, noch die angebotenen Folgen einer Weigerung machten den geringsten Eindruck. Als er seine Neußerungen verdoppelte, unterbrach ihn die Prinzessin mit den Worten: „Mein Herr, wenn Sie es wagen, eine Unterhaltung fortzusetzen, die mich so sehr verletzt, so werde ich Ihnen auf der Stelle befehlen, für den Thronfolger zu sorgen, den der König begehrt. Harte Strafe würde folgen, wenn Sie sich ungehorsam bezeigen!“ Der Kammerherr, hoch in die Seehig, entfiel vor Schrecken und kam bleich zum Könige. Dieser beschloß nun die Scheidung.

Friedrich Wilhelm II. heiratete wieder, aber seiner Liebsten, der Riez, blieb er treu, sorgte sie doch auch für ihn, wenn er Umwechselung brauchte. Dieser König war mit einer rechtmäßigen Frau und einer Favoritin nicht zufrieden, er bemühte sich lange noch um eine dritte Gattin. Diese Dame vom Hochadel, Fräulein von Böh, stellte aber Bedingungen. Sie verlangte die offizielle Einwilligung der Königin und die regelrechte Trauung zur linken Hand. Ihre Forderungen wurden erfüllt. Das devote Konsortium erlärte vor der Trauung mit Berufung auf die von Luther und Melancthon tolerierte Doppelheirat des heftigen, großmütigen Philipp, die Ehe des Königs zur linken Hand für zulässig. Diese morgantische Frau des Königs wurde von ihm zur Gräfin von Ingenheim erhoben. Der König hatte mit offiziell und gesellschaftlich anerkannt — drei Frauen. Die Ingenheim starb bald, Friedrich Wilhelm II. hielt es im „unebenbürtigen“ Witwerstand nicht lange aus, er ließ sich die Gräfin Dönhoff antzauen, die Königin gab wieder ihre Einwilligung und der Hofprediger steuerte den Segen.

Das muß ein reizendes Familienleben gewesen sein. Damals zur Hofgesellschaft zählende Persönlichkeiten schwebten eine große Galavorstellung im Hause der königlichen Favoritin, Madame Riez, die der König zur Gräfin von Lichtenau gemacht hatte. Neben dem König und seiner Frau, dem Kronprinzen und dessen Gattin (der späteren Königin Luise), waren die sonstigen legitimen Prinzen und Prinzessinnen anwesend und in einer Loge im ersten Rang saßen die königlichen Kinder der drei Mätressen. —

Ueberdies hat auch Friedrich Wilhelm III. nach dem Tode der Königin Luise als vierundfünfzigjähriger Mann noch einmal „zur linken Hand“ geheiratet. Die Hofgesellschaft wußte nicht, was sie vor Entsetzen tun sollte, als der König sich mit einer vierundzwanzigjährigen kleinen Gräfin von Harrach „unebenbürtig“ trauen ließ. Er machte seine Frau dann zur Fürstin von Liegnitz. Die Ehe soll glücklich gewesen sein. Die Fürstin von Liegnitz liegt im Mausoleum zu Charlottenburg neben der Königin Luise begraben.

Wir werden bei nächster Gelegenheit weitere Auszüge aus dem sehr aufschlußreichen Buche bringen.

Caruso gestorben.

U. Rom, 3. August.

Der berühmte Tenor Caruso ist gestern morgen an den Folgen einer Rippenfellentzündung gestorben.

Arbeiteropposition in Rußland.

V. Die bekannte russische Bolschewistin, Alexandra Kollontai, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands, hat eine Broschüre über die „Arbeiteropposition in Sowjetrußland“ geschrieben, der vom Zentralkomitee die Druckerlaubnis verweigert wurde. Frau Kollontai ließ die Broschüre illegal drucken und auf dem Parteitag der russischen Kommunisten verbreiten: eine weitere Verbreitung, über den Kreis der Delegierten hinaus, wurde jedoch verboten.

Jetzt beginnt die Berliner „Komm. Arbeiterzeitung“ mit dem Abdruck dieser Schrift, die sich mit großer Wärme für die Arbeiter im Gegensatz zur Sowjetbureaucratie einsetzt. Sie rühmt jene gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die sich an dem „Wettlauf um die Sowjetkarriere“ nicht beteiligten und sagt von ihnen:

In dem Augenblick, als die Situation an der Kriegsfront ruhiger geworden ist, und als der Schwerpunkt des Lebens mehr auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau übergegangen ist, haben sich diese typischen, unbestechlichen, die begeisterten und standhaftesten Vertreter der proletarischen Klasse bereit, ihren Mühsal abzugeben, ihre Mappen voller bürokratischer Papiere beiseite zu legen, um den Hilfen Ruf ihrer Klassenbrüder, der Fabrikarbeiter, der Millionen russischer Proletarier zu beantworten, die selbst in der sowjetischen Arbeitsrepublik ein geschändetes, elendes Zustandsdasein führen. ... Mit ihrem Klasseninstinkt haben diese Genossen, die an der Spitze der Arbeiteropposition stehen, verstanden, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. Wer hätte zu Beginn der Revolution von „unteren und oberen“ Schichten gesprochen. Die Massen, die Arbeitermassen, und die leitenden Parteinstellen waren eins. Die Hoffnungen, die in den unteren Schichten das Leben und den Kampf geboren haben, fanden ihren klaren Widerhall, ihre Klarheit und wissenschaftliche Formulierung in den leitenden Parteinstellen. Ein Gegensatz zwischen oberen und unteren Schichten war unentbehrlich. Heute besteht dieser Gegensatz; mit keiner Agitation, mit keinen terroristischen Methoden wird aus dem Bewußtsein der breiten Massen die Entstehung einer charakteristischen neuen „sozialen Schicht“ der sowjetischen Parteispitzen hinweggeleugnet werden.

Auf dem russischen Kommunistentag hat Trotzki die Bewegung der Arbeiteropposition für „gefährlich“ erklärt. Es steht nicht gut um die russischen Machthaber, wenn ihnen die Wahrheit gefährlich ist.

Unterschlagung von Arbeitergeldern.

345 000 Mark verschwanden. — K.P.D.-Führer die Täter.

Folgendes Schriftstück geht dem „Vorwärts“ mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Das große Werk der Hilfe, das unfähiges Leid lindert, das den Armen unserer Genossen, den Familien der Inhaftierten, in schwer bedrückter Zeit, vor und nach der Revolution, die einzige Hilfe darbot: Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft ist bestohlen worden. Wir stellen heute fest, daß die nach der Abrechnung vom 15. April 1921 angeblich auf der Bank sein sollen 345 329,50 Mk. bereits am 18., 19. und 20. November 1920 von den beiden kommunistischen Treuhändern Paul Eckert und Karl Hagen abgehoben wurden und verschwunden sind.

Der Kassenbericht, der in der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins am 6. Mai 1921 gegeben worden ist, war Lug und Trug. Die als Kassierer und Kassierinnen tätigen Adolf Baer, Paul Eckert, Otto Wendt, Karl Hagen und Hermann Walter haben frech und unverantwortlich die gesamte Arbeiterschaft belogen und sie haben mit diesem lägenhaften Kassenbericht auch den dritten Treuhänder hintergangen, der allen Freunden und Kampfgenossen glaubte reifliches Vertrauen entgegenbringen zu müssen.

Der Genosse Emil Barth, der von der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins beauftragt war, dafür zu sorgen, daß die Unterstützungskommission paritätisch zusammengesetzt werden soll, hat dies zu vollbringen versucht. Die K.P.D. Pränziele sich in mehreren Sitzungen, dem Beschlusse der Generalversammlung zu entsprechen. Am 1. August 1921 fand die konstituierende Sitzung der neu gewählten Unterstützungskommission statt, die den Genossen Emil Barth zum Vorsitzenden und Adolf Baer, trotz dem er nicht anwesend war, zum Kassierer bestimmte. Diese Sitzung beantragte der Genosse Barth, Gelder der Unterstützungskommission insoweit zu sperren, daß sie nur mit der Unterschrift aller drei Treuhänder abgehoben werden können.

Als Genosse Barth heute früh nach der Bank kam, um dies dort mitzuteilen, erklärte ihm der Kassierer, daß dies, da nur noch 250,50 Mark als Bankguthaben vorhanden seien, doch nicht mehr zweckmäßig sei. Da noch über 300 000

Abrechnung vom 15. April 345 329,50 Mk. vorhanden sein sollten, stellte Barth fest, daß rund 345 000 Mark unterschlagen sind.

Wir warnen die Berliner Arbeiterschaft dringend, noch einen einzigen Pfennig an Baer abzurechnen. Wir bitten ebenso dringend, alle noch vorhandenen Listen möglichst umgehend mit den gezeichneten Beträgen bei dem Genossen Richard Herbst, Berlin, Breite Straße 9, abzurechnen, ebenso leere Listen dort abzuliefern. Diese Einlieferung aller Listen ist dringend notwendig, um nunmehr von Anfang bis heute eine eingehende Nachprüfung aller vereinnahmten und verausgabten Gelder vorzunehmen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, i. A.: Guiard.

Berliner Gewerkschaftskommission, i. A.: Carl Vollmerhaus.

Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft, i. A.: Emil Barth.

Auf die Einzelheiten dieser ungeheuerlichen Skandalgeschichte, die den moralischen Zusammenbruch der K.P.D. vollendet, wird noch zurückzukommen sein.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Bremen, 2. August.

In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach der Reichskanzler Dr. Wirth über die wirtschaftliche und politische Lage folgendes: Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Lösung heißt: Durch Arbeit zur Freiheit. Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Ueberzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die Gesundung des Welthandels sein. Dieses Wiederaufblühen ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechts, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Oberschlesiens. Jede Stimme des Rechts begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüber kommt. Mit Dankbarkeit hören wir, daß aus dem Munde fremder Staatsmänner der Gedanke von Glück und Wohlfahrt der Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck kommt. Es wäre Sabotage an den großen Idealen der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korfantys in Oberschlesien zur Geltung käme, wo alle Mächte von moralischer Natur hinausgerufen mit eherner Stimme in die Welt: Mäht den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergang weihen wollt. Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Unglücksstunde jenes ersten Ultimatus. Soll das neue Ultimatum neue Zerstörung über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch einen neuen Wirrwarr hindurchgeführt werden. Lobeshatten lagern über dem Kontinent, der Bringer des Lichtes und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte. Leider regieren in Warschau politische Leidenschaft und grenzenloser Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrts-einrichtungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiel. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein faires Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an die Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden.

Der Streit

um das Umlageverfahren.

Aus Kreisen landwirtschaftlicher Genossen wird uns geschrieben: Durch die bürgerliche Presse gehen in letzter Zeit Meldungen über die Ernteausichten und ihre Wirkung auf die Getreidenerzeugung, die trotz Scheinbärer, durch die augenblickliche Hihewelle hervorgerufener Zufälligkeit einen tieferen Sinn bergen. Dieser tiefere Sinn trat bithartig in einer vom Reichslandbund ausgehenden Drohung — anders kann man diesen Hinweis nicht bezeichnen — in Erscheinung, worin mit der Begründung des augenblicklichen Saatensandes die Verminderung oder völlige Aufhebung der Umlage für Brotgetreide gefordert wird. Inzwischen haben eine Reihe von Landwirtschaftskammern und sonstiger landwirtschaftlicher Organisationen sich diese Forderung des Reichslandbundes zu eigen gemacht.

Denjenigen, der die ganze Entwicklung der Umlage-idee und ihre Behandlung seit den ersten Vorschlägen aufmerksam verfolgt hat, kann dieser neue Vorstoß nicht überraschen; es handelt sich nur um die Krönung des unter den Auspizien des „Fahministers“ Dr. Hermes geführten Kampfes um Einführung der profitsteigernden freien Wirtschaft, wozu das Umlageverfahren nach den eigenen Worten des Herrn Ernährungsministers ja nur der erste Schritt sein sollte.

Nachdem schon seit längerer Zeit offene Drohungen seitens der Agrarier und versteckte schonende Anfeindungen seitens des Reichsernährungsministers auf Nichterreichung der im Gegensatz zum Entwurf und gegen den Widerspruch unserer Genossen auf 2½ Millionen Tonnen herabgesetzten Umlagemenge laut wurden, ist nunmehr ersichtlich mit einem endgültigen Antrag auf Aufhebung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide vom 21. Juni 1921 zu rechnen. Das gibt uns Veranlassung, noch einmal grundsätzlich zu dem Gesetz Stellung zu nehmen.

Der Gedanke der Umlage ist nicht ohne weiteres ein unglücklicher zu nennen, es kommt hier aber noch mehr als sonst darauf an, was aus einem Gedanken gemacht wird; und was Herr Hermes daraus gemacht hat, ist eine Mischung von unglücklicher landwirtschaftlichen Diktatorismus mit mangelnder Kenntnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge, wenn man nicht annehmen will, — und wir wollen das nicht annehmen —, daß in raffinierter Weise alles getan werden sollte, um den Gedanken in so unglücklicher Form Gesetz werden zu lassen, daß er schon vor der Geburt lebensunfähig wurde.

Vor allem sind es zwei Vorwürfe, die gegen das Gesetz erhoben werden müssen. Die Festsetzung der Menge ist zunächst eine vollkommen ungenügende; der Entwurf selbst verlangte ja noch 3¼ Millionen Tonnen, während unsere Partei diese Zahl sogar auf 4 erhöht sehen wollte, um die Ernährung einigermaßen sicherstellen zu können. Der tapfere Hermes hat aber trotz der von ihm für notwendig gehaltenen 3¼ Millionen Tonnen sofort auf 2¼ Millionen Tonnen zurückgezuckt, als die Großagrarien mit einem Stürzen ihrer Mißfallen auszudrücken sich anschickten. Wir erheben deshalb den Vorwurf, daß Herr Hermes die Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu noch teilweise erschwinglichen Preisen unmöglich gemacht hat, denn die Millionen Tonnen, auf die das Gesetz gegenüber dem Entwurf verzichtet, müssen auf dem teuren freien Brotpreis begahlt werden, stellen also auf der anderen Seite ein Milliarden Geschenk an die Großagrarien dar.

Der Hauptfehler des ganzen Gesetzes aber ist, daß die Umlage aufgelegt wird nach dem Anteil der Länder am Ernteertrag an Brotgetreide, Gerste und Hafer im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1920, und nicht nach Hektareinheit auf den ganzen landwirtschaftlich benutzten Boden. Dazu kommt, daß für die Ernteerträge die Zahlen der amtlichen Schätzungen durch die Saatenstandsberichte stärker maßgebend sind, wodurch natürlich in der einzelnen Gemeinde der Willkür Tür und Tor offenstehen. Man mache sich nun die Folgen dieser Maßgabe klar: der Marschbauer, wie überhaupt der hauptsächlich oder ausschließlich Viehzucht treibende Bauer, erhält die infolge der aufgehobenen Zwangsbesitzhaftung für Fleisch außerordentlich hohen Viehpreise bezahlt; der Bauer aber, dessen Land sich nun einmal in erster Linie zum Getreidebau eignet, wird gezwungen, einen Teil seiner Produktion zu dem immer noch billigeren Umlagepreis abzuliefern. Er wird also direkt bestraft dafür, daß er Brotgetreide baut.

Es ist nicht allein die Ungerechtigkeit einer solchen Maßnahme, sondern noch mehr die ungeheure Kurzsichtigkeit und große Gefährlichkeit, die allein schon das Urteil über den Finanzminister Hermes fällen müßte. Denn es ist klar, daß der betroffene Bauer in nicht ganz ungerechtfertigter Empörung sich überlegt, in wieweit es für ihn günstiger ist, zu der noch lohnenderen Viehhaltung überzugehen, was natürlich zu einem Rückgang der Unbaufläche für Getreide führen würde. Die Tätigkeit des Herrn Reichsernährungsministers, die sich in erster Linie darauf erstreckt, den Rückgang der Getreideanbaufläche, der von 1913 bis 1920 nicht weniger als 18,5 Proz. betrug, wieder wettzumachen und die von 13,3 Millionen Tonnen auf 8,8 Millionen Tonnen gesunkene Getreideproduktion zu heben, läuft also darauf hinaus, diese verhängnisvolle Entwicklung noch weiter zu treiben.

Dabei wäre es leicht, den hier vorgeschlagenen Weg in die Praxis zu übertragen, und die Umlage auf die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche zu verteilen, indem die Hektaranzahl des landwirtschaftlichen Bodens Deutschlands in die Gesamtheit der aufzubringenden Getreidemenge hineingeteilt und dadurch der auf ein Hektar entfallende Anteil festgestellt würde. (Herr v. Batschi, der frühere Oberpräsident von Preußen und Lebensmittelminister während des Krieges, soll inzwischen einen entsprechenden Antrag im Reichswirtschaftsrat, dessen Mitglied er ist, gestellt haben. D. Red.) Mit diesem Anteil würde für jeden Landwirt sein Ablieferungssoll — nach der Zahl seiner Hektarfläche — spielend festzustellen sein. Dieser Anteil wäre dann entweder in Natura abzuliefern, sei es in Getreide eigener Erzeugung, sei es in gekauftem — aus dem freien Teil der Ernte, oder in dem dem Marktpreis des freien Getreides entsprechenden Geldbetrage an die Reichsgetreidestelle abzuführen, die dafür auf dem freien Markt die in Rechnung gestellten Menge erwerben kann.

Durch eine solche Maßregel würde 1. erreicht, daß die Ungerechtigkeit gegenüber den getreidebauenden Landwirten aufgehoben wird; 2. der Gedanke des Rückganges der Getreideanbaufläche wirksam begegnet wird; und 3. darüber hinaus sogar ein Anreiz zur Vermehrung der Getreideanbaufläche gegeben ist, indem zahlreiche Landwirte wenigstens zur Erzeugung der Umlagemenge an Getreide aus eigener Produktion übergehen würden, statt sie vom freien Markt zu kaufen. Diese letztere Wirkung könnte noch verstärkt werden, wenn für die nicht in Natura abgelieferte Umlagemenge der Auslandswert an die Reichsgetreidestelle abzuführen wäre, was angesichts der sich immer mehr dem Weltmarktpreis annähernden Bewertung landwirtschaftlicher Produkte durchaus keine unbillige Härte darstellte. Man sollte meinen, daß einem Fachmann, — als solcher wurde Dr. Hermes doch vorgestellt — diese Ueberlegungen nicht fremd geblieben sein dürften. Man kann sich auch kaum vorstellen, daß nicht einer unter den vielen Referenten seines Ministeriums auf diesen Gedanken gekommen wäre, durch den die Idee des Umlageverfahrens eine wesentliche, wir möchten fast sagen grundlegende Veredelung erfahren würde. So kann man es argwöhnischen Gemütern nicht ganz verübeln, wenn sie der Meinung Ausdruck geben, daß dem Reichsminister Hermes an seinem ganzen Umlageverfahren nicht viel liegt und er lieber heute wie morgen Untat finden möchte, dem Drängen seiner großagrarischen Freunde nachzugeben, um die völlig freie Wirtschaft in der Getreidebewirtschaftung einzuführen. Die katastrophalen Folgen kann man sich an Hand der jetzt schon in Umriß ersichtlichen Auswirkungen der Brotpreis-erhöhung vorstellen; wenn man diese Folgen um ein mehrfaches multipliziert.

Es wird Sache der Reichstagsfraktion der sozialistischen Parteien sein, im Verein mit den Gewerkschaften es nicht nur bei einer Abwehr des Angriffs der Rechten gegen die künftigen Reste einer erträglichen Getreidebewirtschaftung bewenden zu lassen, sondern ihrerseits eine Veredelung und Verbesserung des Umlageverfahrens mit allen Mitteln zu erzwingen.

Internationale Tagung in Kopenhagen.

Anlässlich des Jubiläums der Dänischen Sozialdemokratie sind in der letzten Woche in Kopenhagen die Delegierten der sozialdemokratischen Partei von 11 Ländern versammelt gewesen. Anwesend waren außer den Vertretern der skandinavischen Länder einschließlich Finnlands und des ferneren Islands die Delegierten von Belgien, Deutschland, England, Georgien, Holland und der Tschechoslowakei.

Es wurde allseitig bedauert, daß die Deutsche Arbeiterpartei und die anderen der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien diesem Festtage der tapferen dänischen Bruderpartei ferngeblieben waren.

Seit dem Genfer Kongress waren die Parteien der zweiten Internationale nicht so vollständig vertreten gewesen; deshalb nahm man inmitten der erhebenden Veranstaltungen des hiesigen Festes die Gelegenheit wahr, zu einem internationalen Meinungsaustausch zusammenzukommen.

In Verfolg eines Beschlusses des Parteitages der Labour Party und der letzten Exekutivtagung der Internationale wurde beschlossen, im November eine internationale Zusammenkunft einzuberufen, zu der auch mit der Teilnahme der Vertreter der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft gerechnet wird.

Die Rede sprach als Vertreter der georgischen Sozialdemokratie. Die Versammlung erklärte sich mit dem Londoner Beschluß einverstanden, wonach sich die 2. Internationale zur Teilnahme an einer paritätischen Kommission bei einer Volksabstimmung über das Schicksal des georgischen Volkes erklärt. Das Wort hat jetzt die Sowjetregierung. Mit einer Ablehnung dieses Angebotes würde sie der Welt beweisen, wie wenig ihr an Wunsch und Anspruch des arbeitenden Volkes gelegen ist, und daß ihre sog. Diktatur des Proletariats auch nicht besser ist als die Knutenherrschaft zaristischer Generale.

Es wurde ferner die Herausgabe eines regelmäßigen Bulletin der 2. Internationale durch das Sekretariat in London beschlossen. Soeben ist die erste Nummer dieses Bulletin in 3 Sprachen, deutsch, französisch und englisch, versandt worden; sie enthält eine Zusammenstellung sämtlicher Beschlüsse der 2. Internationale seit ihrer Neugründung in Genf.

Die Wirkungen der Sanktionen. Unser belgischer Genosse de Brodère, der auf der Rückkehr vom hiesigen Parteitag sich kurze Zeit in Berlin und in Weisfeld aufhielt, berieht gegenwärtig das besetzte Gebiet, um an Ort und Stelle die Wirkungen der Sanktionen zu studieren.

Erschießung der Stappenschweine.

V. Die Abendausgabe des „Deutschen Tageblattes“ ist bei ihrem Bestreben, „jede Nummer zu einem Ereignis“ zu machen, einmal über eine vernünftige Idee gestolpert. Sie schlägt fettgedruckt an der Spitze ihres Blattes nach dem Rezept Bonapartes und Friedrichs II. vor, die Stappenschweine — „unbetreffte, betrefte und beachtliche“ — zu erschießen. Wir Deutschen dürften nicht davor zurückschrecken auszusprechen:

„Es ist nur zu bejammern, daß es unserer Seite nicht gegeben gewesen ist, zu bestrafen, wer bestraft sein mußte, zu erschließen, wer erschossen — im Interesse der heldenmütigen Armee und des darbenenden Volkes — erschossen werden mußte.“

Uns erscheint dieser Blutdurst, wenn auch berechtigt, so doch reichlich spät zu kommen. Man ist versucht, zu fragen, warum Herr Reinhold Wulle und seine deutschnationalen Freunde die Wortschlag zur Abschreckung des Stappenschweines, zur Bekämpfung betrügerischer Armeelieferanten und ähnlicher Freunde des Vaterlandes nicht schon 1914 gemacht haben. Der Grund, weshalb der Vorschlag damals nicht gemacht worden ist, liegt an der Oberfläche. Waren doch die in der Heimat sitzenden, durch betrügerische Geschäfte reich werdenden Armeelieferanten und die im Wohlleben verweilenden „Stappenschweine“ die Kerntruppe der „Bergarbeiter- und Gewerkschaften“. Gerade in jenen Kreisen konnte doch der Krieg nicht lange genug dauern, die Ausbeutung der Notlage des deutschen Volkes, des Elends der besetzten Gebiete, nicht gründlich genug sein. Wenn man in jenen Kreisen nach freiburgianischem oder gar nach napoleonischem Rezept aufgeräumt hätte, das wären Mühen in der „Begeisterungsfront der Dahemgebliebenen“ geworden! Während des Krieges forderten die Deutschnationalen, daß solche Männer wie Scheidemann, die einen Verständigungsfrieden predigten, auf den Sandhaufen gestellt würden. Und diejenigen, die Herr Wulle heute damals so gern erschossen gesehen hätte, haben in jener Zeit kräftig für das Erschießen der Vernünftigen geschrien.

Wenn das „Deutsche Tageblatt“ versehentlich schon einmal eine vernünftige Idee hat, dann kommt es damit sieben Jahre zu spät.

Ein Augenzeuge aus Vorkum.

Ein Injasse der Reichskuranstalt auf Vorkum, der selbst ehemaliger Soldat, schreibt dem „Vorwärts“: Mit Empörung haben meine Kameraden und ich den Flaggenkandal mit angesehen. Die Reichswehr fühlt sich mit dem alldeutschen Völkchen ein. In erster Linie haben hieran die sechs Offiziere schuld, die durchweg deutschböckisch sind und auf die Mannschaften in diesem Sinne einwirken. Es ist höchste Zeit, sie durch republikanische Offiziere zu ersetzen, damit endlich die ewigen Reibereien aufhören.

Ermähnen möchte ich noch das Treiben eines evangelischen Geistlichen, der zugleich Militärseelsorger ist. Bei seinen Predigten in der Kirche wie in öffentlichen Vorträgen macht er stets für die alldeutsche Sache Propaganda und sucht so seinerseits den antirepublikanischen Geist auf Vorkum zu stärken. Falls das Kultusministerium nicht andere Maßnahmen gegen diesen Herrn ergreifen will, so versehe es ihn zu seinen Gesinnungsgenossen nach Ostbrien, wo er entschieden weniger Schaden stiften könnte als hier!

Planlose Wirtschaft.

Von Otto Hue.

Kann sich der Normaldeutsche vorstellen, daß in seinem Vaterlande wertvolle industrielle Rohstoffe jetzt ungenutzt liegen bleiben, während man in unzähligen amtlichen und privaten Publikationen die Volksgenossenschaft auffordert, mit Rücksicht auf Geldentwertung und Kriegslasten die einheimischen Produktionsmöglichkeiten intensiver zu steigern, den Import so viel wie nur eben möglich einzuschränken? In der Tat geschieht eine Brachlegung einheimischer Rohstoffquellen, worauf wir die breiteste Öffentlichkeit nun nachdrücklich aufmerksam machen möchten.

Alle Welt weiß, daß Deutschland durch den Krieg sein meistaus wichtiges Eisenerzgebiet, Lothringen, verloren hat. 1913 betrug die deutsche Eisenerzförderung

28,6 Millionen Tonnen, wovon 21,1 allein aus Lothringen stammten, gleich rund 70 Prozent. In den nach dem Krieg noch Deutschland verbliebenen Eisenerzgebieten wurden 1918 nur 7,5 Millionen Tonnen mit einem Eisengehalt von nur circa 2,4 Millionen Tonnen gewonnen. Damit 1913 die Roh-eisenproduktion von 19,3 Millionen Tonnen erzielt werden konnte, verhielteten unsere Eisenwerke außer fast 26 Millionen inländischer noch fast 12 Millionen Tonnen ausländischer Eisen- und manganhaltige Erze; außerdem über 6 Millionen Tonnen Kiesabfälle, Schlacken, Manganerze usw. Nachdem uns durch den Krieg rund 70 Prozent unserer inländischen Eisenerzabfälle verlorengegangen waren, verstand es sich eigentlich von selbst, daß die uns verbliebenen Eisenerzgruben in absehbarer Zeit wenigstens nicht unter Abnahmangel leiden würden. Müßten doch während des Krieges unsere rechtsrheinischen Erze mit Hochdruck fördern, um nur die Herstellung von 13 1/2 Millionen Tonnen Roheisen (1917) zu ermöglichen, weil die Auslandserze schließlich ganz ausblieben und die lothringische Förderung enorm zurückging. Es ist uns nicht bekannt, wie hoch sich zurzeit die deutsche Roheisenerzeugung beläuft. Nehmen wir an, die Jahreserzeugung betrüge nur noch 5 Millionen Tonnen, so würde hierfür die gegenwärtige inländische Eisenerzförderung nicht einmal die Hälfte des Bedarfs bedeuten. 1920 stellte sich die inlandsdeutsche Eisenerzförderung auf rund 6 Millionen Tonnen, die bis auf einige hunderttausend verbraucht wurden. Daneben ist ungefähr die gleiche Menge Auslandserze verfrachtet worden.

Man sollte also annehmen, daß unsere Eisenerzgruben keine Schwierigkeiten hätten, ihre relativ geringe Förderung in den Verbrauch überzuführen. Wie aber liegen die Dinge tatsächlich? Die Eisenerzgruben im Lahn-Dillgebiet, mit dem benachbarten westfälischen Siegerland, das größte uns verbliebene Eisenerzgebiet, leidet seit Monaten unter zunehmenden Absatzschwierigkeiten! Seit Monaten müssen sich dort die Belegstellen wöchentlich mehrere Feierschichten gefallen lassen! Bereits ist eine Anzahl Förderungen stillgelegt und auf den Halben lagern große Mengen unverkaufter Erzmengen! Die Unternehmerpresse berichtet, es sei noch mit der Betriebseinstellung einer Reihe Gruben, namentlich in Oberhessen, zu rechnen. Also auch mit der Entlassung mehrerer tausend Bergleute, die zumeist bodenkundlich, nicht mit Sack und Pack abwandern können. Wohin übrigens, da keine Nachfrage nach Arbeitern ist?

Hervorhebt gemeinnützige Ordnung in unserer Volkswirtschaft, so wäre es keine Unmöglichkeit, die Verarbeitung der inländischen Rohstoffe nach einem großzügigen Plan zu regulieren. Es handelt sich in dem nassauisch-hessischen Bezirk um eine Jahresförderung von 1 1/2 Millionen Tonnen (1920, im Jahre 1917 waren es 2,10), während sich der deutsche Eisenerzverbrauch für 1920 insgesamt noch auf fast 12 Millionen Tonnen belief. Die Vertretung des Deutschen Bergarbeiterverbandes im Lahn-Dill-Gebiet hat bereits vor mehr als einem halben Jahre alle nur denkbaren Anstrengungen gemacht, um die Landes- und Reichsbehörden, vom Demobilisierungskommissar bis zur Reichsregierung, zu veranlassen, sich für die Abnahme der Erze seitens der großen Hüttenwerke zu verwenden. Alle Schritte waren vergeblich. Man erklärte der Bergarbeitervertretung, zur Ueberleitung der inländischen Erzförderung in den heimischen Verbrauch fehle es „an der geeigneten Handhabung“. Hier gelte die „freie Konkurrenz“. Die Hüttenwerke zögen es vor, billigere Auslandserze zu beziehen, die Preise der Inlandserze seien zu hoch. Tatsächlich nimmt der Eisenimport zu, schon in der Periode Januar-November 1920 wurden 6,47 Millionen Tonnen Erze und Schlacken importiert. Sicherlich reden wir keinem abgefeindeten Merkantilismus das Wort, aber Deutschland ist doch gezwungen, der Entwicklung seiner eigenen Produktionskräfte den Vorzug gegenüber einer Rohstoff-einfuhr zu geben, die allerdings privativirtschaftliche Vorteile hat. Die mit Betriebseinstellung und Arbeitslosigkeit heimgesuchte Arbeiter- und Angestelltenchaft versteht es einfach nicht, daß man ihr Arbeitsprodukt ungenutzt läßt, um den gleichen industriellen Rohstoff massenhaft zu importieren. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat auf seiner Generalversammlung, wie auch dann die des christlichen Gewerkschaftsvereins, beschlossen, die Reichsregierung sei aufzufordern, die Eisenerzindustrie des Sieg-Lahn-Dillgebiets vor dem Ruin zu schützen, indem Vorkehrungen für den vorzugsweisen Verbrauch der Erze im Inlande getroffen würden. Die dem Bergarbeiterverband angehörenden preussischen Landtagsabgeordneten haben bei der Bergarbeitervertretung die schwere Absatzkrise im deutschen Erzbergbau geschildert und einen Antrag zu seinem Schutze gestellt. In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit haben sämtliche bürgerliche Parteien diesen Antrag abgelehnt! „Nur Arbeit kann uns retten.“ Gewiß, aber unsere Erzbergleute wollen arbeiten, sie werden heute arbeitslos gemacht durch eine Eisenerzverfugung, die vorzüglich nach privativirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert ist. Der in der Landtagskommission erhobene Einwand, die schlechte Beschäftigung der Erze sei auf Kohlen- und Koksman-gel zurückzuführen, trifft längst nicht mehr zu, wofür der Reichsrohstoffkommissar und der Reichskommissar für die Eisenwirtschaft Zeugnis ablegen können. Letzterer kam durch die Vorstellungen der Bergarbeitervertreter auch zu der Ansicht, daß eventuell an die Kontingentierung der Eisenerzeinfuhr gedacht werden müsse. Auch die Eisenerzförderung im Herrschaftsgebiet der Siesder Hütte, an der bekanntlich das Reich mit 25 Prozent beteiligt ist, leidet stark unter Abnahmangel, aus derselben Ursache, wie das Lahn-Dillgebiet.

Allerdings sind die Preise für Inlandserze gewaltig in die Höhe getrieben. Beispielsweise stand vor dem Kriege Siegerländer Spateisenstein auf 18 bis 19 Mark, im Juni d. J. auf 406,50 Mark! Lahnerz wurde ähnlich verteuert, es stand bis vor kurzem auf 178 bis 238 Mk. Kürzlich ist das Siegener Erz um 30, das Lahnerz um 24 bis 26 Mk. pro Tonne verbilligt worden in der Hoffnung, nun ausreichenden Absatz zu finden. Man merkt nichts davon. Aber auch das Roheisen ist im tollen Jagen nach dem „Weltmarktpreis“ von 70 bis 80 Mk. vor dem Kriege auf über 2350 Mk. in 1920 hinaufgetrieben worden. Der damals erst konstituierte Eisenwirtschaftsbund drängte auf den Preisabbau und wird deshalb als „Zwangswirtschaft“ von seiten der Unternehmer immerfort bekämpft. Wir haben damals die „Annäherung der Inlandspreise an den Weltmarktpreis“ entschieden bekämpft. Wir haben wiederholt hingewiesen auf das ständige Schwanken unserer Wälua, das uns eines bösen Tages plötzlich vor die Notwendigkeit eines starken Preisabbaues, eben mit Rücksicht auf das voranschreitende Sinken der Auslandspreise, stellen würde. Dann aber

hätten sich die Preise unserer sämtlichen Lebensbedürfnisse derart den sozusagen gewaltig erhöhten Preisen unserer Rohstoffe und Halbfabrikate angepaßt, daß der zweifelloser von den Unternehmern nun propagierte Lohn- und Gehaltsabbau zu schweren sozialen Konflikten führen werde. Die Warnungen waren in den Wind gesprochen, die Warner wurden als „einknicklos“, ja sogar als „arbeiterfeindlich“ verfahren — heute ruft das ganze Unternehmertum nach Lohn- und Gehaltsabbau, während die Lebenskosten der breiten Massen sich den Teufel um den erhablich gesunkenen „Weltmarktpreis“ kümmern, neuerdings noch zuzunehmen. Das ist die Folge der planlosen Wirtschaft, die nur den Augenblicksprofit im Auge hat.

Dieser Planlosigkeit würden noch mehr unserer inländischen Rohstoffquellen geopfert werden, wenn die verantwortlichen Behörden den Dingen ihren vernichtenden Lauf lassen. Dem Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde von der Regierung berichtet, Ende Mai d. J. hätten sich die Eisenerzpreise frei Oberhausen, berechnet auf ein Prozent Eisengehalt, gestellt: für schwedische Erze auf 5,80, lothringische Minette 4,49, luxemburgische Minette 4,21, deutsches Rotteisen aus dem Dillgebiet auf 5,67, aus dem Lahngebiet auf 5,75 Mark! Danach stand der deutsche Erzpreis am höchsten. Außerdem enthalten die Lahn-Dillserze (die übrigens 40 bis 50 Prozent Eisengehalt besitzen, also keineswegs „minderwertig“ sind) die Verhüttung erschwere Bestandteile (vorzüglich Kieselsäure), während die lothringische-luxemburgische, auch die schwedischen Erze größtenteils phosphorhaltig sind, worauf sich die lukrative Gewinnung von Thomasphosphat als Nebenprodukt aufbaut. Zweifellos wird die Verhüttung jener Auslandserze privativirtschaftlich profitabler sein, zumal wenn zwischen Erzlieferanten und Verhüttungswerken gewisse Interessengemeinschaften verabredet sind. Aber kann man es volkswirtschaftlich gutheißen, daß unsere einheimische Erzindustrie mit vielen tausenden Arbeitern in Verfall gerät, weil die privatwirtschaftliche Kalkulation der großen Hüttenwerkstouren es überherrscht? Man betrachte auch die kolossalen Betriebs-schulden der Hüttenwerke und beantworte sich dann selbst die Frage, ob die verhältnismäßig kleine Zahl der Erzverbraucher nicht in der Lage ist, auf einen Teil ihrer enormen Gewinne zugunsten des Verbrauchs inländischer Eisenerze zu verzichten. In Betracht kommen nur wenige Duzend Großwerke, die zu den überschuldeten Anlagen in Deutschland gehören.

Die tausende bereits arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten deutschen Erzbergleute und ihre Familien werden den Gemeinden, den Ländern, dem Reiche zur Last fallen. Man muß ihnen Arbeitslosenunterstützung zahlen, die Gemeinden werden auch schwer getroffen durch die Betriebsstilllegungen. Alles Beschäftigungsgerebe interessierter Kreise schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß ein großer Teil unseres Erzbergbaues ruiniert wird, wenn die Vorbeugungsmahregeln ausbleiben! Der vorzugsweise Verbrauch unserer inländischen Rohstoffe ist durchzuführen, wenn nicht anders, dann durch gesetzliche Vorschriften. Man kann auch, wie es schon vor dem Kriege für die Ueberleitung der Sieg-Lahn-Dillserze in den oberhessischen Verbrauch geschah, durch besondere Frachttarife die Verbrauchsmöglichkeit begünstigen. Das ist jedenfalls volkswirtschaftlich nützlicher als die Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die Opfer planloser Wirtschaft.

Wahrscheinlich wird der übliche „Sturm der Entrüstung“ erheben über vorstehende Vorschläge zur Einschränkung der planlosen „freien“ Wirtschaft. Was es damit auf sich hat, lehrt dieser Vorgang: Der deutsche Roheisenverband hat soeben einer Reihe von Gießereien die Rohabgabe währungsverjagt bzw. die Entziehung derselben angedroht, weil sie billigere Einkaufsmöglichkeiten für luxemburgische Gießereiroheisen wahrnehmen konnten! Ist das nicht bezeichnend für die sogenannte „freie Wirtschaft“? Das privatkapitalistische Syndikat schützt sich vor billigem Roheisenimport, indem es seinen „straffälligen“ Abnehmern die Rohabgabegütung entzieht. Das Syndikat kontingentiert auf diese Weise auch den Import von Roheisen. Also kontingentiere das Reich die Eisenerzeinfuhr zugunsten unserer arbeitslosen Erzbergwerksarbeiter!

Devisen-Kurse.

Hamburg, 2. August.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	2. August.	1. August.
Holland	2532.50	2492.50
Kopenhagen	1255.—	1230.—
Stockholm	1695.—	1680.—
Kristiania	1052.50	1087.50
Helsingfors	126.—	125.50
Schweiz	1850.—	1832.50
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	9.75	9.75
Budapest	21.25	21.87
Prag	103.—	102.—
Spanien	1062.50	1047.50
London	295.75	290.—
Paris	632.—	623.—
Belgien	612.—	600.—
Italien	867.50	849.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	88.50
do. briefl. Ausz. od. Scheck	83.12	81.12
Bukarest	100 Lei	—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 2. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit
		Katharina	Rickmers	Heiligenhafen	2 1/2
		Regie	Holmberg	Traenglund	2 1/2
		Delphin	Wiencke	Zolding	1
		Gothmund	Boetge	See	1
		Gotland	Lauritzen	Hamburg	1
		Westfalia	Uecker	Solding	1
		Ternan	Müller	Malmo	1
		Soanen	Steenfeld	Ropenhagen	4
		Badenia	Grotkopf	Bygh	3 1/2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seher; für den übrigen Teil August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Einladung zum Gewerkschaftsfest

am Sonntag, dem 7. August in Israelsdorf.

Fest- und Demonstrationzug vom alten Bahndamm aus. Abmarsch nachmittags 1 1/2 Uhr.

Auf Beschluß des Ortsausschusses des A.D.G.B. und des Ortskartells der Afa werden an diesem Tage die **gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten** und alle diejenigen, die für einen dauernden Frieden sind, gegen die **kriegshetzerischen reaktionären Bestrebungen demonstrieren**, die in letzter Zeit mit brutaler Offenheit wieder propagiert werden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, auf zum Gewerkschaftsfest!
Auf zur Demonstration gegen den Krieg! Nieder mit den Kriegstreibern!
Denkt an die 10 Millionen Toten des Weltkrieges: „Nie wieder Krieg!“

Der Vorstand des A.D.G.B. und der Afa. Das Festkomitee.

4752

Bekanntmachung.

Den Bäckern wird gefattet, während der heißen Jahreszeit ein 850-Gramm-Weizenbrot zum Preise von Mk. 2.40 herzustellen und auf Brotkarte abzugeben.
 Lübeck, den 2. August 1921. (4808)
Das Landesverorgungsamt.



Freier Wassersport-Verein Lübeck.
 Am Sonntag, dem 31. Juli, starb infolge Herzschlages unser lieber Schwimmgenoße **Peter Carstens** im Alter von 18 Jahren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet am Freitag, dem 5. August, nachmitt. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Bornwerfer Friedhofes statt.
 Zeitpunkt der Mitglieber 1 1/2 Uhr beim Weissen Dirsch. (4805) Der Vorstand.



Heute schöne Ostsee-Goldbutt
 Ausnahmepreis
Pfund 1.80 Mk.
Johs. Willhöft
 Fischhandlung (4821)
 Holstenstraße 21.
 Telefon 8298.

Eimerbier

Donnerstag von 3-6 Uhr.
Hans Wilcken,
 (4809) Engelsdöwisch.
 Wegen Familienfeier bleibt unser Lokal morgen geschlossen. (4806)
Restaurant Schöning
 Radeburger Allee 44.

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
 Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachfl.,
 Lederhandlung u. Schäl-
 fabrik. (4791)

Von der Reise zurück
Dr. med. Honig
 Fleischhauerstr. 21.
 Spezialarzt f. Hautkrankheit.

Anzeigen

für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“
 Johannisstraße 46.

Die neuen Postgebühren
 — 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Konzerthaus Friedrichshof.

Am **Sonnabend, dem 6. August** findet von der **Schiffsverwertungsgesellschaft Slems** das diesjährige
★ Sommerfest ★
 im **Konzerthaus Friedrichshof** unter gütiger Mitwirkung des Herrn **Dir. Ernst Albert**, der für Stimmung und Quoor bestens Sorge trägt, statt. (4819) **Anfang 7 Uhr.**

! Sommersprossen! verschwinden!
 Auf welche einfache Weise teile Leidensgenossen unentgeltlich mit. Frau **Elisabeth Frucht, Hannover.**
 F. 257. Schließfach 238. (4789)

Siertatin-Schrot
 bestes Mastfutter für Schweine
Gierls Ferkelschrot
 — sehr zu empfehlen. —
 liefern in altbekannter Qualität
H. H. Sierk & Sohn
 Mühlenwerke Harburg a. d. Elbe.
 Niederlage:
A. Steen, Stodeldorf b. Lübeck. (4794)

NEU! NEU!

Das neue Lohnsteuergesetz

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
 Dargestellt und erläutert von **Wilhelm Keil.**
Preis Mk. 2.50.
 Muß jeder Lohnsteuerpflichtige noch vor dem 1. Aug. gelesen haben.
Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Leder-Sohlen

im Ausschnitt
billig
50. Huxstraße 50. (4818)

Wir empfehlen zum Abonnement
Die Neue Zeit
 Wochenschrift
 der Deutschen Sozialdemokratie
 Preis für das Heft III. 1.50
 Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der **Neuen Zeit** sein.
 Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Subskriptoren entgegengenommen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Ortsgruppe Lübeck.
Achtung, organisierte Erwerbslose!
 Kollegen und Kolleginnen! Diejenigen, die an dem Gewerkschaftsfest der Lübecker Gewerkschaften teilnehmen wollen, erhalten auf Beschluß des Ortsausschusses Karten zur Teilnahme unentgeltlich.
 Meldungen und Empfangnahme unter Vorzeigung des Verbandsbuches und der Erwerbslosenkarte vom 2.-5. August, vormitt. von 10-1 Uhr, im Gewerkschaftssekretariat, Johannisstr. 48, p. (4816) **Das Festkomitee.**

Adlershorst. Jeden Donnerstag: BALL.

Deutscher Transportarb.-Verb.
 Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
 der **Wäger und Zähler**
 am Donnerstag, 4. Aug., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 Stellungnahme zu unseren Lohn- und Arbeitsbedingungen.
 (4808) Die Ortsverwaltung.

Konzerthaus Lübeck.
 Für Sommerfeste sind der große Garten u. Söle noch an einigen Sonn- u. Wochentagen frei. Tel. 408 (4798) **H. Cyriacks.**

Zentralverband der Zimmerer
 (Bezirk Lübeck). (4810)
Mitglieder-Versammlung
 Donnerstag, 4. August, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 1. Beschlußfassung über Erhöhung der Lokalbeiträge.
 2. Bericht vom Ortsausschuß.
 3. Innere Verbandsangelegenheiten.
 Der Vorstand.

Achtung!
Deutscher Bauarbeiter-Verbd. (4777)
 Am Mittwoch, dem 3. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Beginn des Lehrcurses über das Betriebsratsgesetz und das Baudelegiertenwesen. Referent: Kollege Scheibel, Hamburg.
 Um vollständiges Erscheinen der Baudelegierten und Mitglieder wird gebeten.

Hansa-Theater
 Heute Mittwoch, 8 Uhr.
 Erstklass. Varieté-Vorst.
 U. a.:
Halley und Curt
 in ihrer fabelh. Ringkampfbardie.

Milly Capell
 in ihren Biedermeiergruppen, genannt „Großmütterchens Roman“.
 Ferner:
Ganz neu für Lübeck. La-Di-Fi
 (Laß Dich filmen) und weitere 8 erstklassige Spezialitäten. (4798)

Achtung! Poliere und Schachtmeister!
 Die regelmäßige **Monatsversammlung der Fachgruppe** findet am Mittwoch, dem 3. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck.
 7 Uhr. Mittwoch, 3. August.
Wälfen. Lager u. Söle.
 1. Ab. Vorst. D. A. (4801)
 7 1/2 Uhr. Donnerstag, 4. August.
G. Masfens. 1. Ab. D. A.
 7 U. Freitag, 5. Aug. Ein Sommernachtsstr. 1. Ab. D. A.

Gewandt für unsere Arbeitskräfte gewandte Weibnäherin. (4795) **Herm. Behn & Co.**

Die Arbeitsbaugegenstände Lübeck
 sucht aus den Reihen ihrer Mitglieder einen Genossen anzustellen zur Übernahme der Agitation und Kontrolle der Arbeit-Bezirke. Referiert wird auf eine tüchtige Kraft in der Agitation.
 Bewerbungen sind bis zum 10. d. M. beim Aufsichtsrat der Arbeitsbaugegenstände Lübeck, Mengestraße 28, einzureichen. (4804)

Fahrrad zu verkaufen. (4807) **Percevalstr. 24.**

1 Kachelofen zu verkaufen. (4815) **Engelsgrube 77/2.**

1 Kaufsache m. Zins ausg. v. f. **Wirt. Carl Meier,** Bad Schwartau, Lübeck. Str. 25. (4802)

60 Ferkel u. Zöglinge billig zu verkaufen (4814) **J. Klüwer,** Schwartauer Allee 133.

Welcher Lebensmittelabnehmer übernimmt Stromkosten in Kommissen? (4812) **Eng. u. L. W. a. d. Sp. d. Bl.**

Neues Volksliederbuch mit Anleitung zur Lautenbegleitung. Preis Mk. 3.50. **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46.

Wer erfindet?
 Die Industrie sucht Erfindungen. Anregung zum Erfinden in uns. Broschüre mit Gutscheine über 20 Mk. **umsonst.**
 Allgemeine Handelsges. Leipzig 325, Windmühlenstraße 1-3.

Heute frisch geräucherte Aale. (4820) **Paul Lohrmann** Lübeck, Hundstr. 95.

Konditorbacköfen
Adolf Borgfeldt, Lübeck. (4798)

Eimerbier
 Donnerstag von 4-6 Uhr. (4813) **Hermann Stamer.**

Privatdruckfachen
 gewinnen in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung.

Glückwunschkarten
Hochzeitseinladungen
Verlobungsanzeigen
Danklagungen
Vitales

fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an
Lübecker Volksbote
F. Meyer & Co., Johannisstr. 46.
 Geschäftszeit von 8-8 Uhr

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 3. August.

Heiße Zeit!

Schnellich spähen alle Augen zum Himmel auf, ob er nicht bald ein Einsehen hat. Seit drei Wochen brennt von morgens bis nachts, mit einer kurzen Unterbrechung in der vorigen Woche, die Sonne herab und noch immer ist kein Ende dieses Segens in Aussicht.

Alles Gute, im Uebermaß geschenkt, wird zu einem Uebel. So ist es auch mit der sommerlichen Wärme. Wir haben uns gewiß recht gefreut, als nach dem kühlen und trüben Juni endlich der Sommer zu seinem Rechte kam. Doch an diesen Ueberchwang hat wohl kein Mensch gedacht.

Schammat macht dieses Wetter. Ständig steht die Haut unter Schweiß, nicht einmal des Nachts wird sie trocken. Man wälzt sich in den unangenehm warmen Betten und verwünscht die Sonne, daß sie es allzu gut mit uns meint.

Auf den Feldern und Wiesen sind bereits die Folgen dieser Hundstage zu sehen. Es wird in diesem Jahre wenig Futter geben, weil die Wiesen rot, zum Teil sogar grauschwarz hersehnen. Die Kartoffeln legen sich auch schon langsam um und sind im Kraut angebrannt.

Es ist ein mächtig durstiges Wetter. Trinken könnte man zu jeder Stunde, während die Esslust stark vermindert ist. Sind die himmlischen Wettermacher etwa Aktionäre einer Großbrauerei? Dann allerdings wäre diese hartnäckige Hitze sofort erklärt.

Die letzten Wetterberichte meldeten das Erscheinen eines Tiefdruckgebietes über dem Kanal. Das gibt die Hoffnung, daß die Hitze endlich unterbrochen, wenn schon nicht beendet wird. Vorausgesetzt, daß diese Wetterpropheten nicht wieder daneben hauen.

Wir brauchen Gewitter und ausgiebigen Regen. Sonst müssen wir diese Hitze und Trockenheit noch teuer bezahlen.

Wenn es darum blüht und kracht und ein tüchtiger Regenschauer herniederregt, wollen wir uns dessen freuen. Es bedeutet für jede Kreatur, durch diese heißen Tage ermüdet und erschöpft, eine Auffrischung des inneren und äußeren Menschen.

Eine kleine Miktiluna und Erfrischung ist heute morgen bereits durch ein kleines Regenschauer eingetreten. Hoffentlich erhalten wir bald mehr von dem fruchtbaren Naß.

Der Sozialdemokratische Verein

hielt am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wählte der Vorsitzende, Genosse B. Löwig den verstorbenen Mitgliedern, besonders dem Genossen Schoof einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Sitzen. Folgender, vom Vorstand und Ausschuss angenommener Beschluß über die Kandidatur von Parteigenossen zu politischen Wahlen wurde von der Versammlung widerspruchlos bestätigt: „Der Sozialdemokratische Verein beschließt, daß bei politischen Wahlen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Kandidaten nur von dieser aufgestellt werden dürfen. Wer sich von einer anderen Vereinigung, ganz gleich welcher Art, als Kandidat gegen eine sozialdemokratische Liste aufstellen läßt, schädigt dadurch bewußt das Interesse der Partei; gegen ihn ist mit den Mitteln des Organisationsstatus vorzugehen.“ Darauf gab Genosse Wolfradt die Abrechnung vom 2. Quartal. „Einer Einnahme von 102582 Mk. stand eine Ausgabe von 38759 Mk. gegenüber. Der Kassenbestand beträgt somit 63823 Mk. Die Mitgliederzahl ist auf 10994 gestiegen. Sodann sprach Genosse Weiß über den Parteitag in Görlich. Der Redner beschäftigte sich zunächst mit der Frauenkonferenz, die vor dem Parteitag stattfand. Er wünschte, daß auf dieser weniger theoretische, sondern mehr praktische Arbeit geleistet wird. Die Frauenbewegung stagniert, sie muß wieder belebt und mehr gefördert werden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Frauen an die Partei zu fesseln. Das müßte um so mehr gelingen, da die Partei seit Jahrzehnten für die Befreiung der Frau eingetreten sei. Dann besprach Genosse Weiß eingehend die Tagesordnung des Partel-

tages. Der Vorstandsbericht würde ein erfreuliches Bild zeigen, da die Partei große Fortschritte gemacht habe. Die Mitgliederzahl dürfe auf rund 2 Millionen angewachsen sein, trotz aller Bekämpfung von links und rechts. Man könne also frohen Mutes in die Zukunft blicken. Einen breiten Raum in den Verhandlungen würde die Frage der Koalition mit der Deutschen Volkspartei einnehmen. Dazu müsse klar Stellung genommen werden. Die Steuerfrage sei so wichtig, daß man sie als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen sollte. Von höchster Bedeutung sei aber die Erneuerung des Parteiprogramms. Dieses müsse kurz, klar und deutlich sein. Es stehe heute schon fest, daß es in der vorgeschlagenen Form keine Annahme finden würde. Wahrscheinlich würde der nächstjährige Parteitag sich noch damit beschäftigen. Der Redner ging dann auf einzelne Punkte kurz ein und betonte zum Schluß, daß der Geist des Erfurter Programms auch das neue beherrschen und dieser Entwurf verbessert werden müßte.

Die Aussprache war sehr lebhaft. Frau Mengel und Frau Jaekel sprachen besonders über die Frauenkonferenz. Beide traten für eine weibliche Delegation ein. Ferner sprachen die Genossen Bogowski, Göhr, Ahrens, Salamon, Brechmer, Dreger und Dr. Leber. Besonders zwischen den beiden letzten Rednern entspann sich eine lebhaft aber sachliche Auseinandersetzung über verschiedene Punkte des Programm-entwurfs. Genosse Dreger bezeichnete das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei als eine Frage der Taktik. Er hob besonders die wirtschaftlichen Momente hervor und betonte, daß das Programm den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Genosse Dr. Leber will in dem neuen Programm die Grundzüge von Marx und den Klassenkampf nicht vermissen. Er sprach ferner über die wirtschaftlichen Krisen und lehnte die Koalition mit der Deutschen Volkspartei, wie sie heute besteht, ab. Die übrigen Redner, die ebenfalls diese, wie auch die Steuerfragen behandelten, sprachen sich auch gegen den Entwurf aus. Alle hielten eine Verbesserung für notwendig. In seinem Schlußwort wünscht Genosse Weiß, daß zur Umarbeitung des Entwurfs besonders Praktiker und weniger Theoretiker herangezogen würden.

Als Delegierte zum Parteitag wurden außer der Genossin Friedrich die Genossen Dr. Leber, Dreger und Weiß in Vorschlag gebracht. Von den Vorgesetzten sind in der nächsten Versammlung drei zu wählen.

Rasieren u. Haarschneiden

läßt sich jeder organisierte Arbeiter ausschließlich nur in den

fliegenden Rasierstuben

der streikenden Scheurgehilfen.

Auch die Friseurinnen, die mit im Kampfe stehen, müssen dort von den Frauen und Mädchen aufgesucht werden!

Arbeiter Lübecks, übt Solidarität!

Verein „Arbeiter-Jugend“

August-Monatsprogramm.

Abteilung Stadt, Jugendheim Johannisstraße 67. 3. Aug. Monatsbesprechung. 10. Aug. Diskussionsabend „Unsere Vereinschriften“. 14. Aug. Tageswanderung zum Rannendroff, ab 6 Uhr morgens Lindenplatz; abends Bunter Abend. 17. Aug. Fragekasten-Beantwortung. 20. Aug., morgens ab 6 Uhr Geibelplatz, Tagestour zum Landheim, abends Rianabend; abds. 6 Uhr Geibelplatz, Nachtour nach Lischow. 24. Aug. Meine Eindrücke in Bielefeld, Gen. Steinberg. 27. Aug. Nachtour

zur Klingbergshöhe—Scharbeuh, ab 8 Uhr Lindenplatz, Nachtquartier in Lischendorf. 28. Aug., nachm. 3 Uhr Milchensbrücke Wanderung zum Hünengrab Blankensee; abends Hum. Vorlesungen. 31. Aug. Dichterabend „Ferdinand Freiligrath“ Gen. Olfmeyer. — Jeden Dienstag und Donnerstag Ballspiele a. d. Buniamshof. Freitags Regenabend daselbst und Sonnabends im Katharinen Singunterricht.

Abteilung Holtenauer-Süd, Jugendheim „Neuer Bahnhof“. 3. Aug. Vortrag des Gen. Ballarge „Klassengegensätze“. 14. Aug. Vortrag „Karl Bröger“, Sprecher Gen. Tsch. 21. Aug. Wanderung nach der Balingen Heide, Abmarsch 1/2 Uhr. 24. Aug. Fragekasten-Beantwortung. 28. Aug. Wanderung nach dem Landheim. 31. Aug. Vortrag „Das deutsche Volkstied“, Sprecher Gen. Schermer. — Jeden Donnerstag Spiele auf dem Buniamshof.

Abteilung Holtenauer-Nord, Jugendheim Dornbreite. 3. Aug. Vortrag „Photographie“, Gen. Nieder. 5. Aug. Regenabend. 10. August Monatsbesprechungen. 12. Aug. Reitationsgruppe. 14. Aug. Nacht- und Tageswanderung nach Grevesmühlen. 17. Aug. Besuch der Moislinger Arbeiter-Jugend. 19. Aug. Funktionärstagung. 21. Aug. Tageswanderung nach Gieselrade, ab 6 Uhr morgens und 2 1/2 Uhr vom Heim nach Schwartau. 24. Aug. Vortrag „Jugend und Sozialismus“, Gen. Schulz. 26. Aug. Regenabend. 28. Aug. Nacht- und Tageswanderung nach Scharbeuh, Abmarsch 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens Gieselrad. 31. Aug. Lieberabend. Lieberbücher mitbringen. — Regenabende und Sitzungen finden noch im alten Heim statt. Jeden Donnerstag Fußballspiele auf dem Buniamshof.

Abteilung Marli, Jugendheim 2. St. Gertrudschule. 3. Aug. Blattbeisige Vorlesungen, Gen. Bruhn. 5. Aug. Sitzung der Wanderkommission. 10. Aug. Monatsbesprechung. 12. Aug. Reitationsgruppe. 14. Aug. Wanderung nach dem Landheim, ab 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens; nachmittags Wanderung nach dem Teufelsmoor, ab 3 Uhr; abends Spiele im Freien. Das Heim bleibt geschlossen. 17. Aug. Diskussionsabend „Anstand und gute Sitte“, Leiter Gen. Höpfer. 19. Vortrag für die Funktionäre „National und International“. 21. Aug. Wanderung nach Moislina, ab 8 Uhr nachm. 24. Aug. Mädchenabend; Jungens Ballspiele. 26. Aug. Reitationsgruppe. 28. Aug. Wanderung nach Ottendorf-Eutin, ab 7,21 Uhr. Sonnabendabend vom Bahnhof; 3 Uhr nachm. Wanderung nach Moislina; abends Spiele im Freien. Heim geschlossen. 31. Aug. Vortrag für die Genossen M.-N. und Sport, Referent Gen. Stegmann; Mädels Spiele im Freien.

Abteilung Moislina, Heim Moislinger Schule. Veranstaltungen werden im Heim bekanntgegeben.

Für alle Abteilungen: Teilnahme am Gewerkschaftsfest am 7. August. Jeden Montag Mandolin- und Lautenunterricht. Jeden Dienstag von 8-9 1/2 Uhr Kurse für Funktionäre. Jeden Dienstag von 7-8 Uhr und Donnerstags von 7-9 Uhr Sprechstunden im Wartezimmer des Arbeiter-Sekretariats.

Achtung, Parteifunktionäre! Das Parteisekretariat macht die Parteivertrauensleute und Funktionäre der Partei darauf aufmerksam, daß das Eintrittsgeld für den Sozialdemokratischen Verein 1 Mark beträgt. Der wöchentliche Beitrag für Männer beträgt 40 Pf., für Frauen 30 Pf.

Achtung, Polzarbeiter! Die für heute abend angelegte Versammlung findet erst am Donnerstag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Die Streikleitung.

Achtung, Arbeiter-Jugend! Freitag nachmittags findet die Beerdigung unseres Jugendgenossen Peter Karsten statt. Die Mitglieder des Vereins treffen sich um 2 Uhr an der Kapelle des Vorwerter Friedhofes.

Protestation und Brotpreis. Aus Bäckereien wird uns geschrieben: Die in den verschiedenen Zeitungen erschienenen Artikel über Herabsetzung der Prostration und enormen Preiserhöhung des Brotes haben besonders bei der arbeitenden Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen und bedürfen daher einer Richtigstellung. Mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres gibt es 1 Schwarzbrot 1900 g zum Preise von ca. 6,50 Mk.,

Gobied.

Erzählung von H. de Balzac.

14. Fortsetzung.

„Komm und küsse mich. Du machst mir meinen Tod damit weniger bitter, mein liebes Kind. In sieben oder acht Jahren wirst du die Tragweite dieses Geheimnisses ermessen und dann sollst du für deine Treue und Geschicklichkeit wohl belohnt sein — dann wirst du auch wissen, wie ärtlich ich dich geliebt habe. Laß mich jetzt einen Augenblick allein und lorge dafür, daß niemand das Zimmer betritt.“

Ernest trat in den anstößenden Raum und sah seine Mutter aufrecht vor sich stehen.

„Komm zu mir, Ernest“, sagte sie.

Sie ließ sich in einem Sessel nieder, nahm ihren Sohn zwischen ihre Knie, preßte ihn leidenschaftlich an sich und küßte ihn.

„Ernest, dein Vater hat eben mit dir gesprochen?“

„Ja, Mama.“

„Was hat er dir gesagt?“

„Ich kann es dir nicht wiederholen, Mama.“

„Ach, mein liebes, liebes Kind“, rief die Gräfin, indem sie ihn mit frenetischer Begeisterung umarmte, „du kennst dir gar nicht vorstellen, wie sehr mir deine Verschwiegenheit gefällt. Niemals zu lügen und immer deinem Vater treu bleiben — das sind zwei Grundgedanken, die man zu keiner Zeit außer acht lassen darf.“

„Wie schön du bist, Mama. Du hast gewiß niemals gelogen — dessen bin ich sicher.“

„Doch, mein lieber Ernest, ich habe auch manchmal gelogen. Ja, ich bin meinem Worte treu geworden — und zwar in Lebenslagen, denen gegenüber alle Gesetze schweigen. Höre, Ernest, was ich dir jetzt sage. Du bist groß genug und hinreichend vernünftig, um bemerkt zu haben, daß dein Vater mich von sich löst, daß er meine Pflege verweigert — und das geht doch gewiß nicht mit rechten Dingen zu, denn du weißt ja selbst, wie sehr ich ihn liebe.“

„Ja, Mama.“

„Mein armes Kind“, schluchzte die Gräfin, „würdest du glauben, daß dies ganze Unglück die Folge hinterlistiger Verleumdungen ist? Schlechte Menschen haben danach getrachtet, mich von deinem Vater zu trennen, um auf diese Weise ihrer Habgier Genüge zu tun. Sie wollen uns unseres Vermögens berauben und es sich selber aneignen. Wäre dein Vater nicht krank — der Abhand, der zwischen uns beiden steht, wäre schnell überbrückt, und er würde auf mich hören; da er es nicht will, ein liebes Herz besitzt, so müßte er seinen Irrtum bald einsehen, sein Geist

aber ist umnachtet. Die Vorsichtsmaßregeln, die er gegen mich trifft, sind der Ausfluß einer fixen Idee, einer Art Wahnsinnigkeit, die die Folge seiner Krankheit ist. Die Beworjung, die dein Vater dir zukommen läßt, ist ein erneuter Beweis für die Beeinträchtigung seiner Verstandeskraft. Du hast auch vor seiner Krankheit niemals bemerkt, daß er Pauline und George weniger gern hatte als dich. Bei ihm ist jetzt alles Kaprixe und Laune. Die Liebe, die er dir zustehen läßt, könnte ihn auf den Gedanken bringen, dir besondere Aufträge zu erteilen. Wenn du deine Familie nicht ruinieren willst, mein liebes Kind, wenn deine Mutter nicht um ihr Brot betteln soll, so mußt du ihr alles sagen.“

„Wehe, wehe!“ rief der Graf, der die Tür geöffnet hatte und plötzlich halbnackt, mager und eingetrocknet, wie ein Skelett, auf der Schwelle stand. Dieser dumpfe Schmerzensschrei übte einen furchtbaren Eindruck auf die Gräfin aus. Von Entsetzen befallen vermochte sie sich nicht zu rühren. Ihr Gatte war so bleich und mager, daß er fast schon seinem Grabe entfliegen zu sein schien.

„Du hast mein Leben mit Gram und Leid verfürzt“, schrie er mit röhrender Stimme. „Jetzt willst du auch meinen Tod vergiften! Du willst meinen Sohn irreleiten und einen schlechten, lasterhaften Menschen aus ihm machen.“

Die Gräfin erhob sich und warf sich dem Sterbenden zu Füßen, den diese letzte qualvolle Erregung seiner entfliehenden Daseinskraft fast abtötend und eteterregend häßlich machte.

„Gnade, Gnade“, wimmerte sie unter einem Strom von Tränen.

„Hast du mit mir Mitleid gehabt?“ fragte er. „Ich habe dich dein Vermögen verschleudern lassen. Willst du jetzt auch das meine verzehren und meinen Sohn dem Elend preisgeben?“

„Ja“, rief sie, „wie du willst — für mich kein Mitleid! Sei unerbittlich. Aber die Kinder, die Kinder! Verdamme deine Witwe dazu, im Kloster ihre Tage zu beschließen — ich werde geflohen. Ich will alles tun, was du forderst, um meine Untaten gegen die abzubühnen. Nur die Kinder sollen glücklich werden. Oh mein Gott, die Kinder, die Kinder!“

„Ich habe nur ein Kind“, entgegnete der Graf, indem er mit einer verzweifelungsvollen Gebärde seines fleischlosen Armes auf seinen Sohn zeigte.

„Verzeihung, Reue, Buße“, jammerte die Gräfin, indem sie die feuchten Fülße ihres Gatten umschlang. Das Schluchzen, das ihre Brust hob, verhinderte sie am Sprechen; unverständliche, unzusammenhängende Worte entführten ihrer brennenden Kehle.

„Nachdem, was du eben zu Ernest gesagt hast, magst du noch von Reue zu sprechen?“ entgegnete der Graf, indem er die Gräfin mit einem Fußtritt beiseite stieß. „Deine Berührung durchfährt mich mit Eisestücken“, setzte er mit einer Gleichgültigkeit hinzu, die etwas Schredenerregendes an sich hatte. „Du bist eine schlechte Tochter gewesen, du warst eine schlechte Frau, du wirst auch eine schlechte Mutter sein.“

Die unglückliche Frau sank ohnmächtig zu Boden. Der Sterbende schleifte sich in sein Bett zurück und legte sich nieder; wenige Stunden später verlor er das Bewußtsein. Die Priester kamen, ihm die letzte Delung zu erteilen. Als er den letzten Atemzug tat, war es Mitternacht. Der erregte Zwischenfall des Vormittages hatte seine letzten Kräfte aufgebraucht.

Kurz nach Mitternacht langte ich mit Papa Gobied im Hause an. Unter dem Schutze der allgemeinen Unordnung und Vermirrung drangen wir bis in den kleinen Salon, der an das Sterbezimmer grenzte, und wir fanden die drei Kinder in Tränen unter der Aufsicht zweier Priester, die die Nacht bei der Leiche zubringen sollten. Ernest kam auf mich zu und teilte mir mit, daß seine Mutter im Zimmer allein zu sein wünschte.

„Gehen Sie nicht hinein“, sagte er mit einer im Tone und im Ausdruck fast bewunderungswürdigen Festigkeit. „Sie betet.“ Gobied lachte mit jenem krummen, unhörbaren Lachen, das ihm eigen war.

Ich war von den Empfindungen, die auf dem jungen Gesicht Ernestis so klar zutage getreten waren, zu sehr benommen und gerührt, um an dem Spotte des Wucherers teilhaben zu können. Als der junge Mensch bemerkte, daß wir auf die Tür aufschritten, verstellte er sie uns und rief:

„Mama, hier sind zwei Herren, die dich suchen.“

Gobied hob den jungen Menschen beiseite, als ob er eine Feder gewesen wäre, und stieß die Tür auf.

Welch furchtbares Schauspiel bot sich uns dar!

Eine sinnlose Unordnung herrschte in dem Raum. Verzweiflungsvoll, mit zerrauten Haaren und verglasten Augen stand die Gräfin sprachlos, unbeweglich zwischen umhergeworfenen Kleidungsstücken, Papieren, Tüchern, Lumpen, Flaschen mitten im Zimmer. Ein entsetzlicher Anblick angesichts des Toten!

Raum hatte der Graf den letzten Atemzug getan, als auch seine Gattin schon alle Schußfächer des Schreitbüchses aufgerissen hatte. Der Teppich um sie her war mit allerhand Trümmern bedeckt. Einige Möbelstücke waren zerbrochen, Schreibmappen und Briefstaschen zerlegt — auf allem zeigten sich die Abdrücke hastender, wühlender Hände. Wenn dies Suchen anfangs wohl auch erfolglos gewesen sein mochte, so ließ mich die Art ihrer Erregung und ihrer Haltung doch darauf schließen, daß ihr das geheimnisvolle Papier schließlich in die Hände gefallen war. Ich warf einen forschenden Blick auf das Bett; mit dem Instinkt, den uns unser Beruf verschafft, ahnte ich, was sich hier zugetragen hatte. Der Leichnam des Grafen lag fast quer im Bett, der Wand zugekehrt, mit dem Gesicht auf der Matratze. Mißachtend schien er dort auch geschleudert zu sein, wie die Papierumhülle — er, der nun doch nur noch eine wertlose Hülle war. Der Anblick seiner erstarrten, unbeweglichen Gliedmaßen hatte etwas grotesk Schauerndes.

(Fortsetzung folgt.)

2 Weizenbrote à 950 g zusammen zum Preise von ca. 7,40 Mk. 1 Schwarzbrot von 1900 g kostete bis jetzt 5 Mk. (1700 g = 4,80 Mk.). 1 Weizenbrot von 1900 g kostete bis jetzt 5,50 Mk. (1700 g = 4,80 Mk.). Ein wesentlicher Vorteil besteht außerdem darin, daß mit Beginn der neuen Ernte sämtliche Brotstreckungen mittel fortfallen und man nunmehr wie in früheren Jahren ein aus reinem Getreidemehl hergestelltes Brot bekommen wird. — Somit werden sämtliche bisher geübten Bestückungen ziemlich gegenstandslos. Da die mögliche Brotaktion im Durchschnitt nur um circa 1,70 Mk. sich erhöht.

Achtung, organisierte Erwerbstlose! Für die organisierten Erwerbstlosen werden vom 2. bis 5. August, vormittags von 10 bis 1 Uhr im Gewerkschaftssekretariat, Johannisstr. 48 p., Karten, die zur Teilnahme am Gewerkschaftsfest berechtigen, unentgeltlich abgegeben. Verbandsbuch und Stempelfkarten sind vorzuzeigen. — Meldungen zur Teilnahme der Gewerkschaften und Vereine am Festzug sind umgehend vorzunehmen. Das Festkomitee.

Brand in den Hohenmeier Lannen. Dienstag nachmittag entstand auf bisher unaufgeklärte Weise ein Feuer in den Hohenmeier Lannen, das infolge der übergroßen Trockenheit und des starken Windes bald größten Umfang annahm. Hohe, helle Flammen schossen bald aus dem Walde empor. Das Feuer, das nicht in der sogenannten „Hölle“, sondern im Forste entstanden sein soll, verbreitete sich mehr und mehr in der Richtung nach der kleinen Holzwyd. Obgleich hauptsächlich nur junge Bestände dem verheerenden Element zum Opfer fielen, so ist der Schaden doch erheblich. Die Schutzfeuerwehr traf als erste auf der Brandstelle ein. Bald darauf kamen auch andere Wehren aus der Umgegend. Auch das Lübecker Motorsprizenboot war erschienen, trat aber nicht in Tätigkeit, sondern kehrte, als das Feuer ziemlich eingedämmt war, nach Lübeck zurück. Die zeitweilig turmhoch emporschlagenden Flammen wurden durch das emsige Arbeiten der Wehren bereits am Abend gelöscht. Das Lübecker Publikum wird lebhaft bedauern, daß dieser so beliebte Ausflugsort dem Feuer zum Opfer gefallen ist.

Konzert der Orchester-Vereinigung von 1909. Am Donnerstag, dem 4. d. M., veranstaltet nach längerer Pause der obige Verein, unter Leitung seines jugendlichen Dirigenten Stoffer, Schüler von Mannstädt, ein großes volkstümliches Konzert im Kolosseum.

Hansa-Theater. Nach dem Erfolge zu urteilen, den Pa-Di-Ti (Paß Dich Almen) bei der ersten Vorführung am Montag gehabt hat, werden durch die täglichen Vorführungen auf der Bühne des „Hansa-Theaters“ noch viele Ueberraschungen durch das mitwirkende Publikum gebracht werden. Auch finden auf dem Marktplatz, am Bahnhof und verschiedenen anderen Verkehrsreichen Gegenden Lübecks Kinoaufführungen statt, die dann abends vorgeführt werden. Neben dieser Sensation werden auch die anderen Spezialitäten interessieren.

pb. Festgenommen wurde ein 23jähriger Reisender von hier, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Betruges stech-brieflich gesucht wurde. — Ermittelt und festgenommen wurde ein 23jähriger mehrfach vorbestrafter Hausdieb von hier wegen Einbruchdiebstahls. Derselbe hatte sich auf den Hausboden eines Hauses in der Königsstr. geschlichen, hatte die Bodenkammer mittels eines Nachschlüssels zu öffnen verstanden und war gerade dabei, die auf dem Bodenraum stehenden Behälter nach Mitneh-menswertem durchzulüften, als er von einer Hausbewohnerin ent-deckt wurde. Diese alarmierte sofort weitere Hausbewohner, die zunächst die Verfolgung des flüchtigen Diebes aufnahmen. Durch einen später hinzugekommenen Beamten der Ordnungspolizei II B wurde der Dieb gefestigt und der Kriminalpolizei zugeführt. Wahrscheinlich hat man es in dem festgenommenen mit einem längst gesuchten Stangen-dieb zu tun. In seinem Besitz wurden 3 Schlüssel und 1 imitiert ledernes Gebälge gefunden, die er vor seiner Enttappung in besagter Bodenkammer gestohlen haben will. Da die genannten Gegenstände von dem Inhaber der Boden-kammer nicht vermisst werden, ist anzunehmen, daß diese von einem weiteren Diebstahl herrühren. Der rechtmäßige Eigen-tümer der Gebälge und der Schlüssel wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. — Festgenommen wurde ferner ein finnischer Matrose, der sich in argemüßiger Weise im betrunkenen Zustande an der Untertrabe umhertrieb und dort passierende weibliche Personen belästigte. Seiner Sittsamkeit an der Wache setzte der rabiate Mensch verächtlichen Widerstand entgegen, daß er nur mit großer Mühe überwältigt werden konnte.

Wadenkranke Falkendamm. Wasserwärme am 3. August, morgens 6 Uhr 23°; mittags 12 Uhr 23° Celsius.

Travemünde. Unfug nationalisistischer Jüng-linge. Am Sonntag vormittag sah man in Travemünde am

Strande auf einem Strandkorb die neue Reichsflagge wehen, welche nach kurzer Zeit wieder verschwunden war. Ein Herr stellte später fest, daß die Flagge von rüchloser Hand herunterge-holt und vom Flaggenmast abgerissen worden war. Sie wurde nach einiger Zeit verlost in einem andern Strandkorbe wieder aufgefunden. Die Täter wurden bald ermittelt. Es waren drei halbwüchtige Burschen aus sogenannter besserer Familie, wohnhaft in Lübeck, denen die Klage der Republik verhaftet war. Nachdem nun aber die Klagen festgestellt waren hatte der eine noch zu erklären, daß er bereit sei, eine schwarz-weiße Fahne wieder zu beschaffen, eine republikanische jedoch nicht. Aber gar bald begannen auch diesem Felden genau so, wie den beiden an-deren, die Rämme zu schlottern und alle drei haken und flehten, man möge sie doch nicht zur Anzeige bringen. Der Besitzer der Flagge ließ sich erweichen und man einigte sich, daß die drei nationalisistischen Jünglinge am Montag abend 6 Uhr eine neue, von ihnen selbst zu beschaffende, republikanische Fahne eigenhändig wieder anzubringen hätten. Am Montag abend, schon lange vor der bestimmten Zeit, waren zwei dieser Jünglinge wieder da und überbrachten einen Brief von dem Dritten, der seinerseits bat, doch nichts unternehmen zu wollen, was ihm schaden könnte. Während anzusehen war es, wie die beiden, Sonntag noch so mutwilligen jungen Herren, haken, man möge doch von einer Un-gewissen Abstand nehmen. Es sei ihnen trotz eifrigster Bemühung nicht möglich gewesen, die neue Flagge zu der bestimmten Zeit zu beschaffen. Sie sei jedoch in Arbeit gegeben und Dienstag vor-mittag 11 Uhr sei sie in Travemünde. Der Inhaber des Strand-korbes, ein Kaufmann aus Lübeck, hatte, als er sah, wie die bei-den dort vor ihm standen und ästerten wie Espenlaub, Mittel und verzieh ihnen diese Selbstent. Er wies die reuigen Sün-dler aber darauf hin, daß solch ein Unfug von anständig den-ken-den Menschen ebenso schärf verurteilt würde, als manche so-munialistische Auswüchse. So nahm dieser Streich der „taufen-“ deutschen Jünglinge für sie ein ganz unrühmliches und klägliches Ende.

Angrenzende Gebiete.

s. Rensfeld-Schwartau. Wahlen zum Gemein-de-rat. In der letzten Vereinsversammlung wurde Stel-len-genommen zu den Wahlen zum Gemeinderat. Die Meinungen waren geteilt, und die Gile, mit der die Anwesenheit wegen der Kürze der Zeit abgetan werden mußte, verhinderte die Fixierung eines klaren Bildes. Wenn auch Religion und Kirchen-gesetz private Angelegenheiten sind, so kann man doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß eine große Zahl unserer Genossen noch nicht jedes Band mit der Kirche und der christlichen Kultur gerissen hat. In der Partei der Freiheit muß auch hier die Meinung frei sein. In Lübeck ist unter der Leitung eines be-kannten Genossen eine Bewegung im Gange, zur freien Ent-faltung des religiösen Lebens; alle Sozialdemokraten, die noch auf kirchlichem Boden stehen, zu sammeln, sich ihren Einfluß auf das kirchliche Gemeindeleben zu sichern und so am Bau der Volkskirche mitzubeteiligen. In Kiel, wo Feindtendenzen aus der Landeskirche ausgeht, mahnt die Parteileitung die Ver-bleibenden, sich nicht durch Aufgabe des Mitbestimmungsrechtes hinsichtlich der Verwaltungsangelegenheiten innerhalb der Kirche selbst zu entziehen. In Malente haben die politischen Parteien eine gemeinsame Liste für die Kirchenratswahl aufgestellt. Die Sozial-demokraten gaben die Erklärung ab, daß sie als Partei mit der Sache nichts zu tun haben wollen, daß sie ihnen aber nicht einerei- sei, wer im Gemeinderat sitzt. Auch wer kein Interesse am Kirchengesetz habe, müsse wählen, nicht nur aus kulturellen, son-derem aus politischen Gründen. Gemeint ist damit wohl die steuer-politische Seite der Sache, man will, und zwar mit Recht, einen Einblick in die Verordnungen der immerhin großen Steuerumlagen sich sichern. Hoffentlich gelingt es auch hier, einen Wahlvorschlagn aufzustellen, der die Gewähr bietet, daß die arbeitende Bevölkerung nicht zu kurz kommt und daß Leute in den Kirchenrat kommen, die sichbewußt auf die Volkskirche losstehen. Das ist für uns wichtig, weil seit dem 1. Dezember 1910 Staat und Kirche getrennt sind, die Kirche also wieder Staats- noch Volks-kirche, sondern, wie man wohl auch gesagt hat, zurzeit nur Pastoren-kirche ist. Das Kirchenaustrittsgesetz wird erst im Herbst d. J. im oldenburgischen Landtage zur Beratung stehen. Inter-essant an der diesmaligen Wahl ist, daß die Wählerliste in der Art entfällt, daß sich die Wähler (alle männlichen und weiblichen Gemeindeglieder über 25 Jahre, die ein ½ Jahr in der Gemeinde wohnen) selbst in die Liste eintragen müssen. Im „Gutner-Anzeiger“ wird angefragt, ob man hierdurch eine Kontrolle schaffen wolle und ob man vielleicht auch das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will.

Hamburg. Massendemonstration der Hamburger Beamten. Als Folge der von Tag zu Tag unerträglich werdenden Notlage der Beamenschaft, insbesondere auch wegen des Einspruchs des Reichs gegen die hamburgische Befolungs-

ordnung, die bekanntlich in vielen Punkten weit über das sogen. Sperregebot hinausgegangen ist, fand auf Veranlassung des Be-amtenrats am Emdenferndnis mit den Organisationen am Dienstag nachmittag auf der Moorweide eine große öffentliche Kundgebung sämtlicher hamburgischen Beamten und Staatsange-stellten statt.

Kiel. Nordische Messe in Kiel. In zeitlicher Ver-bindung mit der Kieler Herbstmesse für Kunst und Wissenschaft (9. bis 18. September) wird zum ersten Male eine große Messe für Industrie, Handwerk und Handel veranstaltet werden, die sich auf die Tage vom 13. bis 18. September erstrecken wird. Die große Zahl der zu erwartenden Aussteller hat es erforderlich ge-macht, vier Mehnhäuser zur Verfügung zu stellen, die alle in ge-ringer Entfernung voneinander im Innern der Stadt liegen und durch einen wirkungsvoll ausgestatteten Wehrweg in eine augenfällige Verbindung miteinander gebracht werden sollen. Die drei Hauptgebiete der Erwerbstätigkeit innerhalb der Provinz Schleswig-Holstein werden der Messe das Gepräge ge-ben: Schiffahrt, Fischerei und Landwirtschaft.

Schwerin. Feuersbrünste durch Blitzschläge in Mecklenburg. Die nach der Trockenheit in Mecklenburg ausgetretenen Gewitter haben überall im Lande durch Blitz Feuersbrünste verursacht, wodurch den davon Betroffenen z. T. große Schäden verursacht sind. — In Klobbom bei Hagenow schlug der Blitz in die Scheune eines Bauerngehöfts. Das Ge-bäude und die eingeschaltete Roggenernte sind verbrannt. — In Süda bei Walsdorf wurde die Scheune des Hofbesizers Ernst Greve vom Blitz getroffen. Heu und Roggen sind mitverbrannt. — In Brömsberg bei Hagenow wurde das Wohnhaus des Mau-rens Reichholz nach erfolgtem Blitzschlag vernichtet. Die Heu-, Roggenernte und das Rauchfleisch sind mitverbrannt. — In Ho-hen-Brick bei Stenberg kam im Viehhause Feuer auf, welches das besagte Gebäude und eine Scheune in Mische legte. Das Feuer griff mit so rasender Schnelligkeit um sich, daß das Vieh nicht ge-rettet werden konnte. Leider sind auch 125 Kühe in den Flammen umgekommen. Verbrannt sind außerdem Dresch-maschinen, die elektrische Kraftanlage, 800 Zentner Korn und viel Stroh und Futtervorräte. Der Schaden, der dem Gutspächter da-durch entstehen wird, soll weit über 500 000 Mark betragen. — In Malchow bei Paschim schlug der Blitz in die Galmwirtschafts-Bandow. Wohnhaus und Stallungen sind eingestürzt, wobei sämtliches Heu und Korn aus neuer Ernte sowie ein Kalb ver-brannt sind.

Schwerin. Landarbeiterstreik. Auf einer Reihe von Gütern im westlichen Mecklenburg ist am Montag von den Land-arbeitern die Arbeit niedergelegt worden. Die Regierung hat vermittelnd eingegriffen, daraufhin ist in einzelnen Bezirken die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden.

Schwerin. Großfeuer in Zippendorf. Montag abend brach in der Hadeanstalt des Strandhotels Zippendorf Feuer aus. Das nur in Holz ausgeführte Gebäude wurde ein Raub der Flammen. Die Ursache des Brandes scheint rätselhaft, jedoch vermutet man Brandstiftung.

Kiel. Gewerkschaftskonferenz für Mecklen-burg-Schwerin. Sonntag fand in Kiel eine Sitzung von Delegierten sämtlicher Ortsausschüsse der Gewerkschaften von Mecklenburg-Schwerin statt. Die wirtschaftliche Lage und Ar-beitsbeschaffung waren der Gegenstand der Verhandlungen. Das einleitende Referat hielt Genosse Haller (Schwerin). In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitsbe-schaffung unbedingt sofort energisch in Angriff genommen werden müsse. — Um der Not der Arbeitslosen zu steuern, müsse es Aufgabe der Gewerkschaftszentralen sein, für eine den Ver-hältnissen Rechnung tragende Teuerungszulage zu sorgen. Weiter kam in der Konferenz zum Ausdruck, daß die Landesregie-rung zu wenig für die Arbeitslosen und für die Linderung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter getan habe.

Lübeck. Entwichene Sträflinge. In der Nacht zum Sonntag gelang es vier Sträflingen nach Durchlägen der jensenstgitter, aus dem hiesigen Gefängnis zu entweichen. Zwei der Ausbrecher konnten wieder festgenommen werden. Die anderen beiden sind entkommen.

Bremen. Abbruch des Bremer Elektrizitäts-arbeiterstreiks. In einer Versammlung wurde der Abbruch des vor einigen Tagen ausgebrochenen Streiks beschlossen und festgelegt, um 12 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Es wurde weiter beschlossen, die Regelung der Lohnfrage einem Schieds-gericht zu unterbreiten. Die Straßenbahn konnte wieder den Verkehr aufnehmen.

Bremervorhaben. Fischersterben infolge Hitze. Große Mengen Fische sind an verschiedenen Orten an der Weser infolge der hohen Temperatur des Flußwassers in den letzten Tagen in der Weser verendet. An manchen Uferstellen wurden hunderte von toten Fischen gefunden.

In den Lüften.

Travemünde, 2. August.

Also, Sie möchten gerne wissen, was ich mit beim Bestehen des großen Vogels auf dem Flugplatz in Travemünde gedacht habe. Richtig genommen gar nichts. Höchstens wunderte ich mich als Nichtkürner über das gelungene Akrobatikstück, das mich in den Beobachterstisch hineinschoberte. Daß ich nun gerade im Schnabel fliegen sollte, gab immerhin zum Denken Anlaß, aber was denn tut sich ein Pressenemich schon gar nicht. Man setzt sich eben hin, wie man sich in einer Kalesche oder Auto plaziert und erwart- et den Augenblick der Abfahrt. Dann dampft man ab. Robin, ist ganz gleichgültig. Im konkreten Falle sollte es eine Fahrt in den Himmel geben — oder auch in die Hölle. Jedenfalls hätten sich die dienstbaren Geister sowohl der oberen wie der unteren Re-gionen gefreut, einen Prachtstier mehr zu besitzen. Doch daran ist nicht zu denken. Die Flieger sind alle karagierte Leutchen, kamen ihre Maschinen aus dem FF. und peitschen ihren Vogel mit einer Geschwindigkeit von Null Komma nichts in die Höhe. Und wenn der Höhenantrieb beginnt, dann ist das schöne Gefühl, etwa in einem alle Hindernisse überwindenden schweren Kraftwagen zu sitzen, schon vorbei. Das schreckliche Rattern der Motoren verhallt im Raum, und das anfängliche Stöhnen und Zittern des Apparates ist dahin. Eben noch glaubte ich beim vergerigen Ueberbord-gucken, daß die Räder sicher das Wasser berühren, da fiel mein Blick schon auf ein kleines Segelschiffchen, das gewiß spielende Kinder treiben ließen, und in das sie zur Bergängen zwei Pappen gelegt hatten, die auf den Wellen schaukeln und in den Himmel laufen sollten, in den hineinzuwandeln wir im Begriffe waren. Aber das war die erste Täuschung. Denn das tanzende Schiffchen beherbergte lebendige Pappen. In dem kurzen Augenblicke waren wir bereits in einer Höhe, die den Weltkamm groß und die in ihm wühlenden Menschen so klein erscheinen ließ. Ich war erst noch über dreihundert Meter hoch geflogen und schaut sich den Umkreis an, dann beginnt für den Reuling — und sei er ein noch so abgeleiteter Bursche — tatsächlich das Wunder. Also so schön ist unsere Welt, unser Jammer! Das alles ist unser Reich und unsere Herrlichkeit? So prachtvoll eingebaut, so eingehakt sind die Wälder, so wunderbar sind die Hügel, so weicherhaft haben Baumreihen die Gesichte hineingebaut in jeden einzelnen Ast. Da gibt es nichts Schlimmes und nichts Schieres, das in alles fern

abgeirrt und abgemessen, liegt jeder Weiler und jedes Häuschen affurad wie in der Spielformel, deren Inhalt kunstförmige Men-schenhände geformt. Tümpel und Teiche sind zum Ueberspringen klein, die Baumreihen musterhaft eingeordnet. Da liegt ein Städtchen, von Kaiser begünstigt, inallrote Ziegelhäuser leuchten im Sonnengold, wunderliche Wesen haben sogar eine blanke Linie gezogen, die sich von fern heranziehlangelt, alles hübsch aufgebaut wie zur Weihnachtszeit in einem großen Kaufhaus. Nun ist mir klar: Die Heerscharen droben schauen nun seit Millionen Jahren auf ein herrliches Werk herab, sehen wie prächtig alles tief unter ihnen geschaffen ist, wie zierlich sich die Wesen auf dem Planeten sammeln, und da kommt ihnen, die nur paradiesische Gefilde er-blicken, kein Gedanke, daß all das Erhabene in Wirklichkeit doch so unselbig kleinlich ist oder sich doch kleinlich gibt. Sie überschütten die lommigen Menschen unter ihren Himmeshöhen höchstens ein-mal mit einem Ungewitter und glauben sicher, sie genügend genedigt zu haben.

Weiter noch dehnt sich das All, als das Flugzeug 500 Meter hoch dahinschwebt, das Meer in seiner Grenzenlosigkeit enthüllt und die Flügel sich in die Ferne drängen. Unter uns, am Ozean-fernde sind nur noch kleine Punkte zu schauen, die großen Sand-bäuser, die ganze Familien aufnehmen, erscheinen nur noch als Spielplatzreize.

In 20 Minuten haben wir endlose Weiten umkreist, uns ge-lacht am Herrlichsten, was Menschengeist erträumen kann. Nicht eine Sekunde kam ein Gefühl der Unsicherheit auf, so ruhig und zielhänger flitt der große Doppeldecker mit seiner 32 Meter breiten Flügelspannweite dahin. Das Duzend Menschenlein im Leibe des Riesenvogels beschwerten ihn, den 520 Pferdekraften jagten, nicht im geringsten.

Ich wie ich, den Traum des Erhabenen so schnell verfliegen zu sehen!

Und doch war es eine Beiriedigung, ein Erzeugnis rastlosen Menschengeistes, das bisher fast ausschließlich der Menschenvornich-tung gedient hatte, in wirtschaftsriedliche Bahnen gelenkt zu sehen. Die deutsche Flugbaukunst wird seit geräumter Zeit in den Diensten des Post- und Personenerverkehrs gestellt. Zwei große Ge-schichten haben sich die Priorität gesichert. Die Aero-Union und der Lloyd-Luftverkehr Sablatwieg in Bremen. Zur erikeren gehören die Savog A E G, der Zepellinkonzern, die unter dem Sammelnamen Deutsche Luftreederei sit-

mieren. Diese Deutsche Luftreederei hatte am Dienstag Propa-ganda- und Schauflüge in Travemünde veranstaltet und dazu die Presse eingeladen. Es sollte einem größeren Kreis ein Einblick in die großartige Technik und die Sicherheit des Flugdienstes ge-gaben werden, und dieser Zweck ist voll erfüllt worden. Es wur-den eine Reihe Flüge unternommen, an denen sich herzhafte Pri-vatpersonen beteiligten. Einen Sonderflug unternahm das Kau-fhaus Rudolph Karstadt, das viele tausend Reklamezettel über der Stadt Lübeck abwarf. Leider ist es nur wenigen ver-zönnnt, sich einen solchen Genuß zu verschaffen, da selbstverständlich die Betriebs- und Unterhaltskosten sehr teuer sind und dementspre-chend die Preise. Die beiden Motore des großen Flugzeuges aus der Friedrichshafener Werft schieden je nach der Flugeschwin-digkeit etwa 50—70 Liter Benzin pro Stunde. Dieses Flugzeug trägt außer 3 Bedienungsmannschaften bequem noch weitere 12 Personen, ohne einer Belastungsgefahr ausgesetzt zu sein. Die kleineren Flugstrecken rentieren sich kaum, es sei denn, daß sich die Städte für das Flugverkehrsweesen mehr interessieren und so eine Kettenverbindung schaffen. Jedenfalls steht dem Flugverkehr noch eine aussichtsreiche Zukunft offen, die insbesondere im Aus-landsverkehr von Bedeutung wird. So ist z. B. von Lübeck nach Kopenhagen eine Verbindung in weniger als einer Stunde her-zustellen, oder von Hamburg nach London innerhalb der Morgen-zeit bis zum Spätnachmittag. Ein täglicher Postverkehr ist seit einiger Zeit zwischen Travemünde-Wardemünde-Safath-Swine-münde eingerichtet.

Um die 7. Abendstunde bot sich den, im Verhältnis zum Trade-münder Fremdenverkehr wenig zahlreichen Besuchern noch ein großartiges Schauspiel. Beide Flugzeuge flogen über 1000 Meter hoch, und aus diesen Himmelhöhen machte der frühere Leutnant Triebner einen Fallschirmabspzung. Die über 30 Quadratmeter große, aus feinsten Seide hergestellte Tragfläche formte sich sofort nach dem Sprung aus dem Flugzeug zu einer zierlichen Hülle in Lampenschirmgröße, an der der kühne Flieger wie ein Püppchen schwebte. In 3 Minuten und 22 Sekunden waren die 1000 Meter abwärts zurückgelegt und das im Delfener Wief in Aussicht genommene Wasserbad hergestellt. Der Reichs-wasserbau holtte Herrn Triebner an Bord, von wo er nach kurzer Zeit ans Ufer schwamm, von den Zuschauern recht lebhaft be-grüßt.

1. Reichskonferenz der Jungsozialisten der S. P. D.

am 29. und 30. Juli in Bielefeld.

Am 29. und 30. Juli fand in Bielefeld im Rahmen des internationalen Jugendtages die erste Reichskonferenz der Jungsozialisten statt. Aus allen Teilen des Reiches strömten sie herbei, die jungen Genossen der S. P. D. Ueber Ober, Elbe und Weser kamen sie durch die „Porta Westfalica“ in das Land der Industrie, befeuert von dem aufrichtigen Willen, in erster Arbeit an der Lösung jungsozialistischer Fragen Anteil zu nehmen.

Die Bielefelder Arbeiterschaft hatte in anerkannter Weise für Empfang und die Unterbringung der Gäste Sorge getragen. Von frühem Lannengrün umrankt grüßten uns die Farben der Republik, zahlreich flatterten die schwarz-rot-goldenen Fahnen an ihren Stangen. Die Betriebsleitungen der größten Werke Bielefelds mußten sich für diese Tage dem Willen ihrer Arbeiterschaft beugen und die republikanischen und sozialistischen Farben als Fensterbeschmückung zulassen. So war Bielefeld in diesen Tagen wohl der bestechendste Ausdruck sozialistischer Willens gegen die zur selben Zeit einkehrende reaktionäre Flaggendemonstration, denn unter dieser Wucht republikanischer Wahrzeichen hatten es selbst die größeren Reaktionen Bielefelds vorgezogen, das schwarz-weiß-rote Leichentuch der Monarchie in seiner Truhe zu lassen.

Unter diesem Zeichen begann am 29. Juli nachmittags 3 Uhr in dem auf dem altehrwürdigen Sparrenberge herrlich gelegenen Lokal „Berglust“ die 1. Reichskonferenz der Jungsozialisten. Der große Saal des Lokals war zu klein, um die außer den Delegierten zahlreich erschienenen Gäste fassen zu können, so daß sämtliche Fenster und die anschließende Terrasse von aufmerksamen Zuhörern angefüllt war. Das Kampflied der proletarischen Jugend, „Die neue Zeit“, brauste als Einleitung durch den Saal. — Kurze Stille. — Dann Heinrich Schulz, der Alte mit dem jungen Herzen, die eigentliche Tagung mit einer feinen, klaren Begrüßungsrede eröffnend. Nach ihm sprachen Worte der Begrüßung: Schreck-Bielefeld, im Auftrage der Gastgeber, Hermann Müller, für den Vorstand der S. P. D., Walter Rüdiger als Vertreter der ausländischen Organisationen, der Belgier, Dänen, Holländer, Schweden usw. Voogd-Holland, der unter stürmischem „Frei Heil“ die Ankunft von 100 holländischen Jungsozialisten ankündigte. Nach der Begrüßung trat die Konferenz in die Tagesordnung ein, wählte den Vorstand und hörte noch drei Referate. Weimann-Berlin berichtete über die Organisation, Müller-Magdeburg und Bach-Berlin sprachen über das Thema: „Was wir wollen“. Nach Bendigung dieser Referate wurde die Konferenz auf den 30. Juli, 9 Uhr vorm. verlagert, da programmäßig für den Abend eine öffentliche Kundgebung der Jungsozialisten für den Weltfrieden festgesetzt worden war.

Der große Saal und Galerien der Zentralthalle, in welcher die Kundgebung stattfand, waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Mit dem Liede „Wann wir schreiten“ und mit einem von einem Bielefelder Jungsozialisten vorgetragenen Vortrags „Bekanntnis“ wurde die Kundgebung eingeleitet.

Genosse Schreck eröffnete im Auftrage des Zentral-Bildungsausschusses die Versammlung und begrüßte sie im Namen der Jungsozialisten Bielefelds aufs herzlichste. Was wir von sozialistischen Jungvolk verlangen, ist das Vertrauen zur eigenen Kraft. Die Menschen gilt es zu Sozialisten zu machen. Diese Aufgabe ist nicht leicht und sie erfordert Ausdauer und Tatkraft, da der Widerstand viele zu beseitigen sind. Jeder muß in sich fühlen die große Glaubenskraft, daß der Sozialismus das Heil der Menschheit bedeutet. Lassen Sie uns diesen Glauben in alle Herzen pflanzen. Jungsozialisten nicht des Wortes, sondern der Tat wollen wir sein. Ein herzlich Willkommen allen. Auf zu erfolgreicher Arbeit!

Genosse Hermann Müller sprach für den Parteivorstand. Die jungsozialistische Bewegung habe als Teil der sozialdemokratischen Bewegung für die Durchführung des Sozialismus zu wirken. Sie werden leichtere Arbeit finden, als wir Älteren und diese Aufgabe desto besser erfüllen, je mehr Sie sich den bisherigen Geist bewahren. Sie haben den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft zu führen, wie ihn die Alten führten. Der Sozialismus wird kommen, wenn im Wirtschaftsganzen die ökonomische Reife gekommen ist und die Menschen die nötige Reife haben. Hier müssen Sie mit Ihrer Tätigkeit besonders einsehen. Die Herzen und Stirnen der Arbeiterklasse werden der festeste Anker der Republik sein. Die Republik ist die Voraussetzung zur Durchführung des Sozialismus.

Genosse Schreck begrüßt hierauf die inzwischen weiter eingetroffenen ausländischen Vertreter.

Reichstagspräsident Genosse Löbe: Die Partei kann, wie jede Bewegung, das Schwunghafte, das die jungsozialistische Bewegung an sich hat, gebrauchen, besonders nach der allgemeinen Depression, die nun einmal als Folge des Krieges eingetreten ist. Den Alten war Partei und Sozialismus

Weltanschauung, Lebensziel, Zukunftsideal, Religion geworden. Mit dem Wachstum der Partei mußten sich die Kräfte zersplittern. All die großen Aufgaben fanden uns unrettbar, weil wir als Lehrlinge und Gesellen keine Zeit hatten, an uns zu arbeiten. Das alles hat erst die jungsozialistische Bewegung möglich gemacht. Sie ist uns willkommen.

Genosse Voogd-Amsterdam: Auf dem Sennfriedhof habe ich mehrere unscheinbare Kreuze gesehen. Es waren Gräber hier im Lazarett verstorbenen Soldaten: Franzosen, Belgier, Engländer, Russen. Auf den Kreuzen stand am Schluß: Er starb für sein Vaterland! In einiger Entfernung die Gräber vieler deutscher Gefallener. Auf den Kreuzen dieser Gräber stand: Er starb für König und Vaterland! Da ist mir der Wahnsinn des Krieges so recht zum Bewußtsein gekommen. Was haben denn die Vaterländer der Einzelnen an dem Kriege profitiert? Für einen Wahn starben sie! Wir Jungen wollen, daß dieser Wahn gründlich zerstört wird. Nie wieder Krieg! Der Entwaffnung Deutschlands müsse die Abrüstung in allen Ländern folgen. Die Verheerung in den Schulen Frankreichs gegen Deutschland sei stark, aber die Lehrer sträuben sich bereits dagegen. Wir wollen den Haß gegen den Krieg in den Herzen pflegen. Nur so kommen wir zur Völkerverbrüderung und zum Weltfrieden. (Anhaltender Beifall.)

Genossin Klara Zitz-Breslau richtet an die jungen Mädchen die Aufforderung, sich mehr mit Politik zu befassen. Es würde viel für Kultur geschrieben. Dafür müsse aber erst die Grundlage geschaffen werden. Die Sozialdemokratie habe den jungen Mädchen Rechte gegeben, dadurch haben sie ungeheure Pflichten gegen diese. Sie rüft ihren Geschlechtsgenossen zu: Es gilt den Glauben an Ideale zu gewinnen, die durch Ihre Arbeit Befreiung finden können!

Genosse Wegner verliest folgende

Entschließung:

„Die aus allen Teilen Deutschlands aus Anlaß der Reichskonferenz und des internationalen Jugendtages versammelten Jungsozialisten bezeugen den festen und heißen Willen, der Gestaltung des Sozialismus die tatkräftigsten Förderer zu werden, auf der Grundlage der republikanischen Staatsform und des gleichen Rechts aller Staatsbürger. Diese Form in wahrhaft sozialistischem Sinne auszufüllen, soll der Jungsozialisten Panier sein.

Auf dem Wege der Demokratie werden sie den Kampf führen; in diesem Kampf kennen die Jungsozialisten eine große und hehre Verpflichtung: den Ausbau internationaler Beziehungen! Eine starke Internationale ist das sicherste Bollwerk gegen die blutigen Auseinandersetzungen der Völker.“

Die Entschließung wird einstimmig angenommen.

Mit der Abstimmung der „Internationale“ wurde die imposante und eindrucksvolle Kundgebung geschlossen.

Am 30. Juli, 9 Uhr vormittags trat die Konferenz in die Fortsetzung der Tagesordnung ein. Zunächst erfolgte eine Aussprache über die am vorhergehenden Tage gehörten Referate. Hierbei zeigte sich so recht das Wollen und der Geist der Jungsozialisten. Das Ringen nach Klarheit, nach innerer Selbständigkeit fand in den Worten eines jeden einzelnen Redners starken Ausdruck. Nur um das „Wie“ gingen die Meinungen teilweise auseinander. Dies bewies die vier eingebrachten Entschließungen.

Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung seine Erledigung gefunden hatte, ging man zur Beratung der eingegangenen Anträge über. Die Schaffung eines Zentralorgans der Jungsozialisten betrafen die meisten Anträge. Aus allen Teilen des Reiches waren diese eingegangen. Die Notwendigkeit eines solchen Organs wurde von allen Seiten anerkannt und dieser Antrag wurde angenommen.

Ein Antrag auf Einstellung eines jungsozialistischen Sekretärs wurde, da sich die Notwendigkeit eines solchen als unbegründet erwies, von den Antragstellern zurückgezogen.

Ein weiterer Antrag verlangte die Einsetzung eines Reichsausschusses der Jungsozialisten. Derselbe fand Annahme.

Alle weiteren Anträge wurden zur Erledigung dem Reichsausschuß überwiesen.

Damit hatte die Konferenz ihren Abschluß erreicht. In seinem Schlusswort wies Genosse Heinrich Schulz nochmals auf deren Bedeutung hin und konnte die Tatsache verzeichnen, daß dieselbe einen Erfolg der jungsozialistischen Bewegung darstellte. Mit einem Appell an die Anwesenden, im jungsozialistischen Geiste weiterzuarbeiten zum Wohle der Bewegung, der Partei und des Sozialismus, gingen die Teilnehmer unter dem Gesange eines Kampfliedes auseinander, ein jeder mit dem Bewußtsein, sein Teil zum Gelingen der Konferenz beigetragen zu haben.

Den jungen Parteigenossen am Orte aber möchte ich an dieser Stelle zurufen: Schließt Euch unserer Bewegung an, werbt neue Mitkämpfer für unsere Sache, die Zeit ist ernst und schwer, sie erfordert eine früh gereifte, eine arbeitsfrohe Jugend, stellt gute Kraft in den Dienst des Sozialismus, damit wir das Werk vollenden helfen, an dem unsere Väter alt und müde geworden sind.

Jungsozialist sein, heißt Mensch sein!

Max Geißler.

Gebiet der Wohnungs- und Siedlungspolitik nach einem einzigen Gesichtspunkt zusammengefaßt wird. Vorschläge möchte er, daß als Träger der Wohnungspolitik im Reich und Staat entweder eine behördlich-bureaucratische Gestalt (Siedlungsamt, Landesiedlungsamt, Reichsiedlungsamt und Schenkungsamt), besser aber der freie Zusammenschluß der Interessenten des neu zu bildenden Genossenschaftswesens eingeführt wird. Für jede große Stadt genüge eine Genossenschaft, die sich wieder teilen könne. Bei diesen Arbeiten ist davon auszugehen, daß der Grund und Boden der Allgemeinheit gehört. Ein Mißbrauch mit dem Boden ist zu verhindern. Die private Grundstückspekulation ist zu befechtigen; die Stadtbebauungspläne können alsdann öffentlich ausliegen. Bei der Durchführung des Baues müssen Interessenten Mitbestimmungsrecht haben. Die sozialen Baubetriebe sind mit den privaten Bauunternehmern in Konkurrenz zu bringen. Redner schloß mit der Aufforderung, für diese Probleme agitatorisch einzutreten. (Anhaltender Beifall.)

Zu Punkt 3 Neuauflbau im Wohnungswesen referierte Dr. Herpel-Riel, ein Volkswirtschaftler, im praktischen Erwerbesehen liegend. Das Wohnungswesen in Deutschland ist älter als das Kaiserreich, die Wohnungsnot älter als die Republik. Weil die Monarchie stärker waren und stärker sind, als Kaiserreich und Republik. Immer wieder Lasten abwälzen auf die breiten Massen der schaffenden Stände und heftigster Widerstand gegen Lasten, die nicht abwälzbar sind, das ist das ganze Streben der Drahtzieher, die hinter unseren Gegnern stehen, die nicht einmal mit der Wimper zucken würden, wenn Clemenceaus Wort von der Ueberflüssigkeit der 20 Millionen Deutschen durch Seuchen, Tuberkulose, Empfängnisverhütung und Verbrechen gegen § 2128 Str.-G.-B. wahr gemacht würde. Nicht die Höhe der Baukosten macht das Bauen unmöglich, sondern der Zins, dessen Höhe die Mieten ins Unerschwingliche steigert. Das Gebreche vom Goldwert, von der Inflation und weiterer Geldentwertung soll und darf uns nicht irremachen im Streben nach zinslosem Baugeld. Wir müssen so verfahren, daß keine Zinslast entsteht; dann braucht sie auch nicht getragen zu werden. Das Reich muß endlich das Notenprivileg der privaten Reichsbank brechen und zinsloses Papiergeld hergeben für neue, gesunde Wohnungen, für die Ablösung von Hypotheken bestehender Häuser, für Wohngenossenschaften, die solche anzufassen haben. Es gibt nur diese eine Möglichkeit, Wohnungsnot und Wohnungsleiden aus der Welt zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Der angeregten Aussprache, an der sich hervorragend tätige Mietervertreter, wie Pulvermüller-Hamburg, Dr. Koch-Bremen, Fröhlich-Hilensburg, Dr. Blochmann-Riel und Müller-Hamburg beteiligten, folgte die große Versammlung mit großem Interesse. Dann wurde ohne Entschließung einstimmig angenommen, die wir besonders bringen werden.

Gewerkschaften.

Die Metallarbeiterwahlen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Delegiertenwahlen des Metallarbeiterverbandes ist in 618 Fällen die Parteizugehörigkeit der Delegierten bekannt. Davon gehören an: SPD. 270, USP. 151, RPD. 92 Stimmen. Dieses Ergebnis läßt nicht mehr den geringsten Zweifel darüber aufkommen, daß die Mostenjünger in Jena unterliegen werden und der Bestand des Metallarbeiterverbandes gesichert ist.

Schwarze Listen gegen die Landarbeiter.

Die Arbeitgeber in Mecklenburg haben von ihrer Organisation Vorbrücke zugestanden bekommen, in denen ihrer Hauptmeldestelle Mitteilung zu machen ist, ob Arbeiter entlassen oder gekündigt wurden — wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, — Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratischen Verein, — oder wegen sozialdemokratischer Untrübe. Die zu machenden Mitteilungen treffen zunächst in der Form die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei; in der Sache wird die Arbeiterschaft und vor allen Dingen die gewerkschaftlich und politisch organisierte davon aufs tiefste berührt. Der Vorbruck beweist zunächst, daß die Unternehmer Material gegen Arbeiter ihrer politischen Gesinnung wegen an sammeln. Wenn gleich die Materialsammlung sich in der Form nur gegen die Mitglieder und Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei richtet, muß nach den gemachten Erfahrungen doch der Schluß gezogen werden, daß sich das Vorgehen der Unternehmer gegen die Gewerkschaften und vor allen Dingen gegen den Deutschen Landarbeiterverband richtet. Die Unternehmer haben bisher die Mitgliedschaft im Deutschen Landarbeiterverband gleichgestellt mit der Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratischen Verein. Wer für den Deutschen Landarbeiterverband wirbt, beteiligt sich nach ihrer Meinung an „sozialdemokratischen Untrüben“. Wer sich nicht im Sinne des Reichslandbundes oder, was gleichbedeutend ist, mindestens national-zentralverbändlicher befähigt, huldigt „sozialdemokratischen Untrüben“.

Der offensichtliche Zweck, der mit den Mitteilungen an die Hauptmeldestelle verbunden ist, ist der, alle Kollegen, die für den Deutschen Landarbeiterverband tätig sind, in jeder Weise zu schikanieren. Auf diese Weise hoffen die Grundbesitzer dem von ihnen bitter gehaßten Landarbeiterverband (in Mecklenburg wenigstens) den Boden entziehen zu können.

Für die mecklenburgische Unternehmerorganisation, der die Hauptmeldestelle unterstellt ist, wäre der Nachweis erbracht, daß sie das den Landarbeitern durch die Revolution und Verfassung gewährte Recht der freien Vereinigung und der Betätigung der politischen Gesinnung je nach ihrer Ueberzeugung arglistig durch ein schwarzes Kabinett und schwarze Listen außer Wirksamkeit setzen wollen.

Die Unternehmer bedrohen die Errungenschaften der Revolution. Ihre Bestrebungen bleiben erfolglos, wenn die Landarbeiter einig und geschlossen zusammenstehen.

Aus den Maßnahmen der Grundbesitzer muß entnommen werden, daß sie sich zum Kampfe gegen den Deutschen Landarbeiterverband und gegen die organisierte Arbeiterschaft rufen. Auch die Landarbeiter müssen sich rufen, das Koalitionsrecht und die damit verbundenen Freiheiten in der Kampfpolitik zu verteidigen. Auf dieser Linie muß sich die Gesamtheit der Landarbeiter zusammenfinden.

Arbeitgeber, stellt Spitzel ein!

Vom Zentralverband der Angestellten in Berlin wird ugs geschrieben:

Dieser Ruf wird immer stärker wiederholt von verschiedenen, in neuerer Zeit entstandenen Detektiv- und Auskundschaftsinstituten. Das Treiben dieser lästigen Unternehmen wächst sich

Jede Dame liebt
das reiche, jugendliche Aussehen u. blendend schön. Teigt. Alles dies erzeugt die schönste
Wiederherstellung
die beste Laktationsschokolade von **Bergmann & Co., Badendol.**

2. Norddeutscher Mietertag in Altona.

1. Verhandlungstag. Die etwa 80 Delegierten aus etwa 41 Vereinen des Verbandsgebietes, die annähernd 120 000 organisierte Mieter vertreten, und die in noch größerer Zahl erschienenen Vertreter der Hamburg-Altonaer Behörden, der Parlamente, der Vereine, Gewerkschaften usw. begrüßte der Verbandsvorsitzende, Stadtverordneter Mastwisch aus Kiel. — Das heutige, grenzenlose Wohnungswesen hätten die anwesenden Mitarbeiter der Mieterbewegung in seinen tiefsten Tiefen ständig zu beobachten Gelegenheit. Der Häuserhandel gehe über alles Maß. Mit den Häuserpreisen ständen die Klagen über die Notlage des Hausbesitzers im schreienden Widerspruch. Unsere deutsche Mieterskizze mit den Abzinsungen und Steigerungen der ersten Kriegsjahre habe ganz wesentlich zum Verluste des Krieges beigetragen. Die von der Häuserpekulation geforderte freie Wirtschaft im Wohnungswesen sei heute ganz unmöglich. Fünfteljährige Miete sei nicht mehr für Kleinrentner, Heimarbeiterinnen, Erwerbsbedürftige, Beamte, sondern für die Gesamtheit des werktätigen Volkes unerschwinglich. Gegen den schreienden Wohnungsmangel müßten endlich Reich, Länder, Gemeinden energische Schritte tun. Der Verhandlungstag wurde vorarbeit leisten; der Dresdener Bundeskongress am 5. bis 8. September werde durch die heute in der Entwicklung begriffene Mieterbewegung vor weittragende große Entschlüsse getrieben sein. — Nach dem reichen Beifall, der diesen Worten folgte, hielt Oberlandesgerichtsrat Dr. Bannert in den Kiel den 1. Vortrag „Reichsmietengesetz und Mieterkampf“.

Der — rechtsstehende — Nationalökonom Geheimrat Prof. Adolf Wagner habe schon vor Jahrzehnten das heutige Bestreben der künftigen Mieterskizze verworfen. Aller ehrlichen Arbeit, auch der des Hausbesitzers, müsse ein ehrlicher, gerechter Lohn werden. Das betone stets auch die organisierte Mieterschaft. Aber Milliarden-Gewinne könne das verarmte Volk dem Häuserbesitzer nicht zuwenden. Darum fordere die Mieterschaft: 1. Festhaltung am Friedenswerte der Grundstücke. 2. Dreiteilung der Mieten in Zins, Betriebs- und Unterhaltungskosten. 3. Mitbestimmungsrecht der Mieter. Die Unterhaltungskosten seien in kleine laufende und große außerordentliche scharf zu trennen. Für letztere sei ein gemeinschaftlicher Fonds zu bilden. Alle Reparaturenbeiträge seien nur zu Reparaturen zu verwenden. Es sei selbstverständlich, daß der Hausbesitzer für seine Wohnung ebenfalls anteilig zu den Reparaturen des Hauses beitragen müsse. Bei der Unternehmung seien die Leistungen des Mietervermietens in angemessener Weise zu berücksichtigen. Vorstehende der Mieterschaftsmittler müßten Juristen mit richterlicher Selbständigkeit sein. Die Besitzer seien durch die Hausbesitzer- und Mietervereine vorzuschlagen. Eine Beschwerdebekanntmachung, die im beschleunigten Verfahren zu Befinden hat, müsse noch geschaffen werden. Noch sei das Reichsmietengesetz nicht fertig, vieler treuer Arbeit der Mieterschaft bedürfe es noch. Einmütig müsse sie zusammenstehen. (Lebhafter Beifall.)

Waldmann führte Dr. Fiedler-Frankfurt zur Frage „Gewerkschaft im Wohnungswesen“ aus: Durch die verheerliche Siedlungspolitik der Deutschen Regierung gingen in Deutschland bei der Abstimmung viele deutsche Stimmen verloren. Die Mieterorganisationen müßten grundsätzlich fordern, daß das gesamte

allmählich zu einem öffentlichen Skandal aus. Lesen wir z. B. folgende Schreiben:
 Detektive Dannenberg Company,
 Berlin N. 113, Bornholmerstr. 20.
 Detektive und Auskunft.

Berlin, den 15. Juli 1921.

An die Direktion der Firma
 Berlin, , Str.

Vertraulich.

In den meisten Betrieben liegen nunmehr bereits die Jahresbilanzen vor. Die Unternehmer sind jedoch vielfach hiervon nicht befreit, und stehen die Erfolge in keinem Einklang mit der Kalkulation und zum Umsatz.

In diesen Stellen wird ergebnislos gerechnet und das Resultat ist immer das gleiche ungünstige. Mancher Unternehmer hat auch keine Erklärung für den Ausfall, erst eine zufällig aufgegebene Unregelmäßigkeit bringt ihn auf den Gedanken, daß er bestohlen wird. Die Diebe sind nicht nur unter den Arbeitern zu suchen, welche sich nur die Taschen vollstrecken. Unsere bisherige Tätigkeit in den Fabriken und Betrieben hat ergeben, daß die größten Veruntreuungen und Schiebungen gerade von Angestellten in sogenannter gehobener Stellung ausgeführt werden.

Unter der Immunität des ihnen entgegengebrachten Vertrauens passieren die unglaublichsten Dinge. So wurden Ingenieure, Meister, Bizemeister, Expedienten und Abteilungsleiter große Verfehlungen nachgewiesen. Selbst bei Frauen in leitender Stellung fand man Diebesgut.

Hier heißt es zugreifen und rücksichtslos vorgehen, selbst auf die Gefahr hin, sich der Rache der Defraudanten auszusetzen.

Wir haben zu diesem Zweck eine Organisation geschaffen und mit vieler Mühe und hohen Kosten aufgebaut, indem wir Detektive und Detektivinnen für jedes Fach stellen, welche in den Fabriken und Handelsbetrieben als Ingenieure, Meister, Expedienten, Lagerverwalter, Terminjäger, Buchhalter, Bücherrevisoren und Arbeiter, aber auch als Kontrollbeamte und Wächter eingestellt werden.

Verlangen Sie daher schleunigst unseren für Sie unverbindlichen Besuch und wir werden unsere Vorschläge Ihnen unterbreiten.

Mit erstklassigen Referenzen stehen wir jederzeit zu Diensten.
 Hochachtungsvoll Detektive Dannenberg Company.

Sogar verständigen Arbeitgebern erwächst schon ein Eklat vor so widerwärtigen Geschäftsmachern. Ein angesehenes Berliner Speditionshaus z. B. schreibt nach Erhalt vorstehenden Zirkulars an die würdige Dannenberg Company:

„Ich bestätige den Eingang Ihres Zirkulars vom 15. cr. und teile Ihnen mit, daß ich nicht beabsichtige, mit Ihnen in Geschäftsverbindung zu treten, da mir Ihr Geschäftsbetrieb aufs äußerste unsympathisch ist, ganz abgesehen davon, daß ich meinen Angestellten nicht zumuten kann, mit Spitzeln zusammen in einem Bureau zu arbeiten.“

Ihr Zirkular habe ich an den Zentralverband der Angestellten weitergegeben.“

Wahr ist es wahrscheinlich, daß das Anerbieten der Herren Detektive oft genug auf Gegenliebe stoßen wird, da ist es denn Aufgabe der Arbeiter und Angestellten, schon aus Reinlichkeitsgründen ein Zusammenarbeiten mit käuflichen Subjekten zu vermeiden.

An die Staatsanwälte aber muß die Frage gerichtet werden, ob es nicht möglich ist, nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gegen so böswärtige Verleumdungen ganzer Berufsklassen im öffentlichen Interesse vorzugehen.

Aus aller Welt.

Nieseruntergeschlagungen im anhaltischen Münzkabinett.
 Der Vorstand des ehemaligen herzoglich anhaltischen Münzkabinetts Dr. Johann Mann in Leopoldshall ist wegen Münzuntergeschlagungen in Höhe von 1/4 Millionen Mark verhaftet worden. Mann hat sich nach seiner Verhaftung mit Hyantol vergiftet. Ob diese Angelegenheit im Zusammenhang mit der Affäre des Ministers Frauendorfer steht, steht noch nicht fest.

Geisterbeschwürungen. Die spiritistische Welle, die Berlin noch immer durchflutet, trat gestern in einer Verhandlung vor

dem Schöffengericht Berlin-Mitte in Erscheinung. Angeklagt wegen Betruges waren Frau Klara Korf geb. Franke und Frau Hinemann. Die sich überall übenden spiritistischen Zirkel erfreuen sich seit einiger Zeit auch der besonderen Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei. Die besondere Beamte zu diesen Geisterbeschwürungen einsetzt und dann ein Betrugsverfahren einleitet, wenn zur Deckung der Kosten ein besonderes Eintrittsgeld erhoben wird. In dem jetzt zur Anklage stehenden Fall hatte die Angeklagte Korf in der Elisabethstraße spiritistische Sitzungen veranstaltet und durch die Mitangeklagte Hinemann ein Eintrittsgeld von drei bis fünf Mark erheben lassen. Wie die Angeklagte Frau Korf angibt, habe sie eine natürliche Veranlagung, mit dem Geist der Abgeschiedenen in Verbindung zu treten. — Die Sitzungen begannen mit geistlichen Gesängen und einem Gebet, dann wurden durch Medien die Geister Verstorbener zitiert. Während die Kriminalbeamten, die den Sitzungen beigewohnt hatten, die ganze Sache als Betrug und die Angeklagte Korf als eine geschickte Täuschung bezeichneten, trat eine ganze Reihe von Rechtsanwält Dr. Golnic geladener Zeugen auf, die bekundeten, daß sie tatsächlich mit den Geistern ihrer verstorbenen Angehörigen in Verbindung getreten seien. Eine Zeugin, deren Sohn im Felde durch einen Herzschuß getötet worden war, behauptete ganz bestimmt, daß ihr tatsächlich ihr Sohn, der „immer noch blute“, erschienen sei. Die Angeklagte selbst erklärte sich bereit, im Gerichtssaal eine spiritistische Seance zu veranstalten. Das Gericht lehnte dies jedoch dankend ab. Der Staatsanwalt beantragte vier und sechs Wochen Gefängnis, während der Verteidiger geltend machte, daß der Spiritismus heutzutage nicht mehr mit einer Handbewegung abzutun sei. Das Gericht kam hiernach zu einer Freisprechung.

Feuer auf dem Posener Hauptbahnhof. Auf dem Posener Hauptbahnhof brach ein großes Feuer aus, durch das zahlreiche Waggons Holzbestände und Benzinlager zerstört wurden. Der Schaden ist bedeutend.

Schwerer Waldbrand bei Nürnberg. Ein großer Waldbrand vernichtete in unmittelbarer Nähe von Nürnberg mehrere hundert Hektar Wald im Werte von über einer Million Mark. Der Brand konnte erst nach neunstündiger Tätigkeit von zahlreichen Feuerwehren, der Polizeiwache und der Reichswache gelöscht werden. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Zahlreiche Todesfälle durch Sonnenstiche. In Norditalien sind eine große Anzahl von tödlichen Sonnenstichen vorgekommen. Allein aus Venedig wurden gestern zehn Todesfälle gemeldet.

Die Buchhändler entfangen. Aus der Strafanstalt in Sonnenburg sind vier Gefangene ausgebrochen, die sich, da sie vorher in Berlin gewohnt hatten, wahrscheinlich auch wieder nach dort begeben haben. Die Berliner Kriminalpolizei verfolgt bereits bestimmte Spuren.

Automobilunglück. Am Sonntag geriet bei Regensburg das Automobil des Direktors Bartula aus Berlin-Schöneberg in die Donau. Der Besizer kam ums Leben. Die drei anderen Insassen vermochten sich zu retten.

Für vier Millionen Holzvorräte verbrannt. Auf dem Holzlagerplatz der Firma Kollmann im Regensburger Umschlaghafen brach am Sonntag nachmittags ein Großfeuer aus, welches Holzvorräte im Werte von mehr als vier Millionen Mark vernichtete.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Wie landwirtschaftliche Arbeitskräfte behandelt werden.

Zu dieser von uns kürzlich gebrachten Notiz schreibt uns Herr Lauenstein-Schönböden: „Herr Fid, Kreisleiter des D. L. B. Lübeck, hält es für nötig, sich in einem Eingelands im Lübecker Volksboten mit meiner Person zu beschäftigen. Die Sache, die er da vorbringt hört sich ja ganz entsetzlich an. Ich kann Herrn Fid nur kurz erwidern, daß in meiner Wirtschaft alles in bester Ordnung ist und ich Herrn Fid nur empfehlen möchte, wenn ihm meine Wirtschaft so sehr am Herzen liegt, sich doch bei meinen Leuten näher und genauer über den Fall zu erkundigen, den er erwähnt. Er wird hoffentlich recht beruhigt nach Hause ziehen und sich keine Sorgen mehr machen über meine Person und wegen des Schönböden Hofes.“

Eingegangene Druckschriften.

Die Urgeschichte von Neumünster. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Holsteins. Im Verlag von Theodor Dittmann in Neumünster ist unter dem obigen Titel ein Werk erschienen, das weit mehr verspricht als sein ortsbegrenzter Titel anzeigt. Wenigstens in seinem grundlegenden Teil. Verfasser des Werkes ist Prof. Dr. Kirmis, ein anerkannter Altertums- und Quellenforscher der Schleswig-Holsteinischen Lande. In reichhaltigem Stil wird hier die Geschichte Holsteins und seiner Bewohner wie der angrenzenden Gebiete geschildert und so ein Stoff zusammengetragen, der den Landbegeisterten, die sich für ihre engere Heimat interessieren, manche Stunde der Belehrung bietet. Es wird erzählt von dem Interesse, das schon Griechen und Römer der voraugustinischen Zeit dem „Bernsteinland“ entgegenbrachten, von der Kultur der Bewohner von Röttenmöddingern (Rüchenabfallhausen) von riesiger Ausdehnung, aus denen sich die Lebensweise der frühesten Bewohner Schleswig-Holsteins (8.—5. Jahrtausend vor Christi) erkennen läßt. Recht interessant ist die Abhandlung über die Beerdigungsriten, sowie über die Moorleichen, deren Funde nicht wenig zur Erforschung der Vorgeschichte beigetragen haben. Wie fast jede Geschichte früherer Zeit einen breiten Raum dem ewigen Streit der Stämme untereinander und der christlichen Lehre einräumt, so auch das Buch des Prof. Dr. Kirmis. Das Kapitel über Ricellin streift auch Ribbeds Geschichte, da die Tätigkeit dieses „Heidenbekehrers“ mit der Gründung unserer Stadt zusammenfällt. Der nachmalige Bischof ist der Begründer zahlreicher Kirchen im Lande, u. a. auch derjenigen von Bosau, und jedenfalls ein rühriger und berufener Mann gewesen, der viel zur Kulturentwicklung beitrug, wobei er nicht vergaß, der Kirche ausreichenden Güter- und Landbesitz zuzufügen. Alles in allem ist hier viel Wissen und Forschung zusammengetragen, das wert ist, weiter bekannt zu werden. Das Buch kostet broschiert 28, gebunden 33,50 M.

Das Recht der deutschen Revolution. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Walther Lampf, Mitglied der Hamburger Bürgergesellschaft, seinerzeit Vorsitzender im Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburg, Kommandant von Groß-Hamburg und Mitglied des Reichszentralrats in Berlin, veröffentlicht dank der Unterstützung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg und der Wissenschaftlichen Stiftung Hamburg, im Verlag W. Gente die Schrift: „Das Recht der deutschen Revolution“, welcher in Kürze die weiteren Abhandlungen „Die Revolution in Groß-Hamburg“ und „Das Groß-Hamburgische Revolutionsrecht“ folgen werden. Diese Schriften enthalten zum großen Teil unbekannt gebliebenes politisches Material aus der Revolutionszeit, das nunmehr in vollständiger Sammlung, wissenschaftlicher Bearbeitung und rechtswissenschaftlicher Betrachtung, der Öffentlichkeit übergeben wird.



492

Werbet Mitglieder für den

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Jede Verkaufsstelle nimmt Anmeldungen



entgegen.

